

# **Übersicht Wahlversprechen Schwarzgelb und Koalitionsvertrag**

**Nach Schwerpunkten**

## Haushalt und Finanzen

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Grundfreibetrag 8.004 Euro</li> <li>- Kinderfreibetrag 8.004 Euro</li> <li>- Eingangssteuersatz von 14% auf 13%, später auf 12%</li> <li>- Spitzensteuersatz: erste obere Proportionalzone mit 42% von 52.000 Euro auf 55.000 Euro, später auf 60.000 Euro, ab 250.730 Euro 45%</li> <li>- Unternehmensteuer: „krisen-feste Weiterentwicklung“</li> <li>- Erbschaftsteuer: krisenfeste und familiengerechte Ausgestaltung</li> <li>- Umsatzsteuer: Strukturelle Überprüfung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Grundfreibetrag 8.004 Euro</li> <li>- Kinderfreibetrag 8.004 Euro</li> <li>- Stufentarif: 10% bis 20.000 Euro, 25% bis 50.000 Euro, Spitzensteuersatz 35% (jährliches Volumen von 80 Mrd. Euro lt. BMF)</li> <li>- alle zwei Jahre Steuertarif überprüfen und ggf. anpassen</li> <li>- Unternehmensteuer: Rücknahme der Unternehmenssteuerreform (u.a. Abschaffung Zinsschranke, Verlustabzugsbeschränkung, höhere Besteuerung Funktionsverlagerungen)</li> <li>- Abschaffung Gewerbesteuer, stattdessen höherer Anteil der Kommunen an Umsatzsteuer, Aufschlag bei Einkommen- und Körperschaftssteuer</li> <li>- Erbschaftsteuer: Gesetzgebungskompetenz an die Länder</li> <li>- Umsatzsteuer: Reduzierung bei Energie, Hotellerie und Gastronomie</li> </ul>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Sofortprogramm Steuersenkungen und Familienleistungen zum 1.01.2010 von 21. Mrd. Euro:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Kinderfreibetrag auf 7.008 Euro, Erhöhung Kindergeld um je 20 Euro</li> <li>- Erweiterter Abzug KV- und PV-Beiträge und andere Maßnahmen Bürgerentlastungsgesetz sowie zweite Stufe der i.R.d. Konjunkturpaketes II beschlossenen Einkommensteuerentlastung in Höhe von insgesamt 14 Mrd. Euro (bereits von SPD und Union beschlossen)</li> <li>- Unternehmensteuer: Aufweichung Verlustabzugsbeschränkungen (1,34 Mrd. Euro), Aufweichung Zinsschranke, Reduzierung gewerbesteuerlicher Hinzurechnungssatz bei Immobilienmieten</li> <li>- Erbschaftsteuer: neuer Steuertarif für Geschwister und Geschwisterkinder (380 Mio. Euro), Fristverkürzung und Absenkung Lohnsummen bei Unternehmensfortführung,</li> <li>- Umsatzsteuer: Ermäßigter Satz von 7% für Beherbergungen bei Hotel und Gastronomie (945 Mio. Euro)</li> <li>- (Voraussichtlich wird auch die Fortführung Steuerermäßigung Agardiesel mit Volumen von (300 Mio. Euro) Bestandteil des Sofortprogramms)</li> </ul> <p><b>Einführung Stufentarif bei der Einkommenssteuer</b> „möglichst“ zum 1.01.2011 mit jährlicher Finanzwirkung bis Ende der Legislaturperiode von 24 Mrd. Euro. Tarifstufen offen.</p> <p><b>Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen</b> (Prüfung Abschaffung der Gewerbesteuer). <b>Kommission zur Prüfung einer Systemumstellung bei der Umsatzsteuer</b> (u.a. „Wettbewerbsgleichheit“ kommunaler und privater Unternehmen).</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p><b>„Goldene Regeln“ der Finanzpolitik:</b> Alle Belastungen umfassend ausweisen, mit unmittelbarer, vollständiger, dauerhafter Gegenfinanzierung im jeweiligen Etat. Ausgabenwachstum unter BIP-Wachstum (real). Alle Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt.</p> <p><b>„Schirm zum Schutz der Arbeitnehmer“</b> in der Krise: Alle krisenbedingten Einnahmeausfälle der Arbeitslosen- und Krankenversicherung aus Steuermitteln finanzieren. Prüfung eines „auf diesen Zweck ausgerichteten Sondervermögens“.</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p><b>Steuersenkungen auf Pump</b>  Schwarzgelb bietet keine Gegenfinanzierung für Steuersenkungen und die vielen Klientelgeschenke. Deshalb wird die Verschuldung hochgefahren und das strukturelle Defizit vergrößert. Union und FDP bestellen ein Menü, lassen aber die Rechnung von künftigen Generationen bezahlen. Allein für das steuerliche Sofortprogramm sind – bei günstigster Entwicklung – bis 2013 knapp 2,2 Mrd. Euro mehr Zinsen an die Banken zu zahlen. Das dicke Ende dieser Strategie kommt mit der Haushaltsaufstellung 2011 und der Finanzplanung bis 2014 direkt nach den NRW-Wahlen im Mai 2010. Dann müssen die Dinge auf den Tisch gelegt werden.</p> <p><b>Tarnen und Täuschen</b>  Schwarzgelb hat versucht, über einen Schattenhaushalt die fehlende Gegenfinanzierung für Steuersenkungen zu tarnen. Etikettenschwindel ist es, die Schuldenfinanzierung mit den Defiziten der gesetzlichen Krankenversicherung und der Arbeitslosenversicherung zu begründen („Schutzschirm für Arbeitnehmer“). Tatsache ist: Bereits der für 2010 vorliegende Haushaltsentwurf trifft hierfür schon Vorsorge. Die unter Schwarzgelb- massiv ansteigende Neuverschuldung dient den Steuer-</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p>geschenken. Was im Koalitionsvertrag nicht steht, aber bereits Gegenstand der Überlegungen ist: Bei den Ausgaben für Eingliederungsmaßnahmen im SGB II sowie beim ALG II-Satz sollen Milliarden eingespart werden.</p> <p><b>Auf Kosten von Ländern und Kommunen, zu Lasten von Bildung und Integration</b>  Die von Schwarzgelb ausgelösten Steuerausfälle treffen nicht nur den Bund. Bei Ländern und Kommunen landet ein großer Teil der langfristigen Mindereinnahmen (ab 2010 für die Länder mind. 2,5 Mrd. Euro, für die Kommunen mind. 1,1 Mrd. jährlich, ab 2011 für die Länder mind. 10,1 Mrd. Euro, für die Kommunen mind. 6 Mrd. Euro jährlich). Obendrein schwebt über den Kommunen noch das Damoklesschwert einer Abschaffung der Gewerbesteuer. Schwarzgelb macht kommunalfeindliche Politik. Das kommunale Investitionsprogramm wird konterkariert. Der von der SPD erweiterte Handlungsspielraum für Betreuung, Bildung und Integration ist bedroht.</p> <p><b>Klientelpolitik statt Steuergerechtigkeit</b>  Scharz-Gelb bedient sorgfältig ausgesuchte Klientelgruppen (z.B. mehr als 1 Mrd. Euro Subventionen für die Landwirtschaft ohne nachhaltige Perspektive) und führt Privilegien wieder ein, die zur Steuerumgehung einladen. Bei der Unternehmensteuer konterkariert Schwarzgelb das Prinzip „niedrige Sätze, breite Bemessungsgrundlage“.</p> <p><b>Weniger Netto für Arbeitnehmer/innen</b>  Steuersenkungen sind nur die eine Seite der Medaille. Was Schwarzgelb verschweigt, sind die massiv drohenden Abgaben- und Gebührensteigerungen bei Gesundheit und bei kommunalen Dienstleistungen. Von den geplanten Steuersenkungen profitieren hohe Einkommen am meisten. Die drohenden Abgabenlasten treffen Haushalte mit geringem Einkommen am schärfsten.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Ausstiegstrategie für Staatsbeteiligungen</b> aufgrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Krise erforderte vorübergehend stärkere Rolle des Staates. Beteiligung an Unternehmen und Finanzinstituten „zeitlich so eng wie möglich zu begrenzen“. Berufung Expertenrat.</li> <li>- <b>Reform Insolvenzrecht:</b> Insolvenzverfahren vereinfachen, stärker auf Restrukturierung und „Frühsanierung“ von Unternehmen ausrichten</li> <li>- <b>Faire Regeln für die Weltwirtschaft:</b> „In Zukunft darf es kein Finanzmarktprodukt, keinen Finanzmarktakteur und keinen Finanzmarkt geben, die nicht reguliert und beaufsichtigt sind.“</li> <li>- Vergütungsstrukturen mit Gehaltsabzügen (Malus-Regel) bei schlechter Geschäftsentwicklung von Finanzinstituten</li> <li>- Ausweitung Mitarbeiterkapitalbeteiligung</li> <li>- Mitspracherecht der Hauptversammlung bei Eckpunkten für Vorstandsvergütungen stärken. Mindestwartefrist von 2 Jahren für ehem. Vorstandsvorsitzende bei Wechsel zum Aufsichtsratsvorsitz</li> <li>- Unterstützung des dreigliedrigen Bankensystems</li> <li>- Höheres Eigenkapital systemrelevanter Banken</li> <li>- Kreditklemme verhindern</li> <li>- Internationales Regelwerk für alle Investmentfonds</li> <li>- Europäische Ratingagentur</li> <li>- Stiftung zur Bewertung von Finanzprodukten</li> <li>- Zusammenführung der Bankenaufsicht bei der Bundesbank</li> <li>- Stärkung des Marktes für Beteiligungsunternehmen (Wagniskapitel)</li> <li>- Hemmschwellen für Real Estate Investment Trusts (REITs) abbauen</li> </ul>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Vage Absichtserklärungen, halbherzige Formulierungen, viel Allgemeines, wenige konkrete Schritte – Schwarzgelb offenbart, dass kein wirklicher Wille mehr zu notwendigen Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise vorhanden ist. Alles wie vorher – das ist der unausgesprochene Gedanke. Wir haben mit dem Steinmeier-Steinbrück-Papier frühzeitig gezeigt, wie die Finanzwirtschaft wieder auf nachhaltiges Wachstum, gesellschaftliche Integration und ökologische Innovation orientiert werden kann. Dahinter bleibt Schwarzgelb weit zurück.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die regulatorischen Anforderungen an das Eigenkapital von Banken sollen erst nach Überwindung der Krise verstärkt werden, obwohl mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz ausreichende Hilfe des Staates zur Verfügung steht.</li> <li>- Kein Wort verliert Schwarzgelb zur Begrenzung gefährlicher Spekulationsgeschäfte. Die SPD hat gefordert, dass fest vorgeschriebene Eigenkapitalminima unerlässlich sind.</li> <li>- Kein Wort mehr davon, dass ausnahmslos alle Finanzinstrumente in die Bilanzen müssen.</li> <li>- Dringend nötige internationale Regeln werden konterkariert durch nationale Sonderwünsche wie die Berücksichtigung der deutschen Fondstypen.</li> <li>- Bei Ratingagenturen scheut Schwarzgelb zurück vor dem einzig wirksamen Schritt, dass Ratingagenturen Finanzprodukte nicht länger entwickeln und vertreiben, sondern nur noch bewerten dürfen.</li> <li>- Für Anleger und Verbraucher ist ein Finanz-TÜV unerlässlich. Die Koalition will die Einrichtung einer Stiftung lediglich prüfen.</li> <li>- Kein Wort zur Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Boni, der Ausweitung der persönlichen Haftung, der Verpflichtung auf das Gemeinwohl. Kein Wort, wie sich diejenigen, die die Krise mitverschuldet haben und von staatlichen Rettungsleistungen profitieren, beim Ausgleich der Lasten herangezogen werden.</li> </ul>

## Wirtschaft und Arbeit

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
Keine unternehmerischen Entscheidungen durch den Staat, Staat als Ordnungshüter	Mehr Freiheit, Fairness und Eigenverantwortung statt Staatsgläubigkeit, Erwirtschaften vor Verteilen	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Leitlinie der Sozialen Marktwirtschaft</b> und Bekenntnis zum inneren Frieden. „Stetigkeit, Solidität und Verlässlichkeit“ in der Wirtschaftspolitik.</p> <p><b>Drei Strategieansätze:</b> (1) Motivation und Leistungsbereitschaft stärken durch Steuersenkungen, Bürokratieabbau, Anreize für reguläre, SV-pflichtige Arbeitsplätze, (2) Sparsamkeit und Transparenz der öffentlichen Finanzen und Konsolidierung, (3) in der Krise Beschäftigung sichern und finanzielle Hilfe für Unternehmen geben.</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Das Handeln der Koalition bei Steuern und Finanzen dementiert ihre Absichtserklärungen. Es ist unstet, unsolide und unzuverlässig. Die riskante Wette auf Wachstum durch Steuersenkungen auf Pump setzt die Staatsfinanzen aufs Spiel und führt an den Rand des Verfassungsbruchs. Investitionen in die Zukunft sind gefährdet. Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer wird entmutigt durch ungerechte Lastenverteilung und Ausblendung der Lohnfrage.</p>
<b><u>Arbeit</u></b>		
Stärkung der Tarifautonomie, gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, Verbot sittenwidriger Löhne, Einführung Min-	„Bürgergeld sichert Mindesteinkommen“, gegen die Einführung von Mindestlöhnen	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Überprüfung bestehender Mindestlöhne.</b> Die im Rahmen des Arbeitnehmerentendegesetzes eingeführten Mindestlöhne werden bis Okto-</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
desteinkommen (Kombilohn)		<p>ber 2011 evaluiert. Für künftige Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen Mehrheitserfordernis im Tarifausschuss und Kabinettsvorbehalt.</p> <p><b>Ablehnung eines „einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns“.</b> Stattdessen gesetzliches Verbot sittenwidriger Löhne.</p> <p><b>Befristete Beschäftigungsverhältnisse:</b> nach einem Jahr Wartezeit sachgrundlose Befristung auch dann, wenn derselbe Arbeitnehmer bei demselben Arbeitgeber bereits zuvor beschäftigt war</p> <p><b>Mini-Jobs:</b> „Wir prüfen die Erhöhung und Dynamisierung der Grenze sozialversicherungsfreier Mini-Jobs.“</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Schwarzgelb hat keine Antwort auf die Prekarisierung von Arbeit. Schwarzgelb stellt sich blind für die brennende soziale und ordnungspolitische Frage von Armutslöhnen und Lohndumping. Die Instrumente zur Schaffung und Sicherung existenzsichernder Löhne werden entschärft. Die bereits eingeführten Mindestlöhne stehen unter einem Evaluationsvorbehalt. Es ist davon auszugehen, dass keine neuen Branchen ins AEntG aufgenommen werden. Durch ein „doppeltes Veto“ der Arbeitgeber im Tarifausschuss und der FDP im Kabinett werden Mindestlöhne blockiert. Das gesetzliche Verbot sittenwidriger Löhne ist Augenwischerei. Denn heute schon sind Löhne, die Tariflöhne oder ortsübliche Löhne um mehr als ein Drittel unterschreiten, nach höchstrichterlicher Rechtsprechung unzulässig. Wer aber per Gesetz die Grenze zur Legalität so niedrig ziehen will, erteilt Dumpinglöhnen von zum Teil unter 4 Euro die Stunde seinen Segen.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Altersteilzeit:</b> „Eine Verlängerung der staatlichen geförderten Altersteilzeit über den 31.12.2009 hinaus lehnen wir ab.“</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Während die Gefahr der Arbeitslosigkeit steigt, gefährdet Schwarzgelb die Beschäftigungsbrücke von Jung und Alt. Wir fordern mit Nachdruck die Verlängerung der geförderten Altersteilzeit für Betriebe, die zugleich Ausbildungsabsolventen übernehmen.</p> <p>Zum <b>Kurzarbeitergeld</b> macht der Koalitionsvertrag keine Aussage. Auch die Kurzarbeiterregelung hilft, Beschäftigung in der Krise zu sichern und Betrieben wie Beschäftigten eine Brücke zu bauen. Wir fordern ihre Verlängerung.</p>
Bekenntnis zu Optionskommunen; Festhalten an der BA, aber Änderungen	Übertragung der Aufgaben der ARGEN auf die Kommunen („kommunale Jobcenter“)	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen</b> „in getrennter Aufgabenwahrnehmung“ von Kommunen und BA. Keine Grundgesetzänderung. Bestand der Optionskommunen im Rechtskreis SGB II. Die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in Optionskommunen soll über das Jahr 2010 unbefristet weiterlaufen. Prüfauftrag für Aufgaben und Strukturen der BA.</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Eine Organisationsreform SGB II wird nicht ernsthaft in Angriff genommen. Die zum 31.12.2010 auslaufende Rechtsgrundlage für die Arbeit der ARGEN wird zum drängenden Problem. Während die Krise auf dem Arbeitsmarkt spürbar wird, verunsichert Schwarzgelb Arbeitsvermittler</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p>und Arbeitsuchende. Zum Nachteil der Hilfebedürftigen wird die getrennte Aufgabenwahrnehmung BA/Kommunen (doppelte Bürokratie) angestrebt. Die Sicherung der Optionskommunen über das Jahr 2010 hinaus und die Ausweitung der Ermessensspielräume zum Einsatz von Arbeitsmarktinstrumenten vor Ort sind klare Zeichen einer Kommunalisierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die Existenz der BA in ihrer bisherigen Form steht auf dem Spiel.</p>
<p>Freibetrag beim Schonvermögen im SGB II erhöhen. Zusätzlich sollen selbstgenutzte Immobilien umfassender geschützt werden.</p> <p>Hinzuverdienstmöglichkeiten in der Grundsicherung verbessern</p>	<p>Schonvermögen für private oder betriebliche Altersvorsorge einschließlich der Riester- und Rürup-Renten verdreifachen (750 Euro je Lebensjahr).</p> <p>Einführung „Bürgergeld“.</p> <p>Anrechnung eines zusätzlichen Einkommens auf Bürgergeld: Freibetrag 100 Euro, bis 600 Euro 40 Prozent, bis zum Auslaufen des Bürgergelds 60 Prozent.</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Schonvermögen</b> für Altersvorsorge bei Bezug von Arbeitslosengeld II wird auf 750 Euro pro Lebensjahr erhöht. Bestandsschutz von selbstgenutzten Immobilien.</p> <p><b>Hinzuverdienstregelungen</b> in der Grundsicherung werden verbessert, um den Anreiz zur Arbeit zu erhöhen (Ausgestaltung offen)</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Erhöhung des als Alterssicherung dienenden Schonvermögens ist SPD-Forderung. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat im August 2009 einen Gesetzentwurf mit weitergehenden Regelungen auf den Weg gebracht, dessen weitere Behandlung aber von der CDU/CSU verhindert worden ist. Allerdings ist nur ein sehr kleiner Teil der Langzeitarbeitslosen betroffen. Zur armutsfesten Weiterentwicklung des Regelsatzes für alle Grundsicherungsempfänger gibt es keine Aussage. Mit der zu prüfenden Pauschalierung der Heiz- und Unterkunftskosten ist sogar eine Leistungskürzung zu befürchten. Das FDP-„Bürgergeld“, das alle Leistungen zusammenfassen will, ist ein Euphemismus für Einschnitte in das Sicherungsniveau. Bessere Hinzuverdienste können die aktive Arbeitsmarktpolitik nicht ersetzen und bringen die Gefahr einer Verfestigung von prekärer Beschäftigung und Hartz-IV-Bezug.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		Keinerlei Aussagen trifft Schwarzgelb über die Fortführung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Sie ist ein notwendiges Instrument, um die Entwicklung der sozialen Lage darzustellen und die Wirkung politischer Maßnahmen zu beurteilen.
<b><u>Wirtschaft</u></b>		
Bürokratieabbau für mittelständische Unternehmen vorantreiben. Normenkontrollrat stärken und Kompetenzen ausbauen. Vereinfachung bürokratischer Vorgänge durch IuK-Technologie. Umsetzung EU-Richtlinien wettbewerbsneutral 1:1	Zusätzliche Bürokratielasten muss der Staat dem Unternehmen vergüten, Ausbau des Normenkontrollrates zu einem Bürokratie-TÜV  In das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) muss ein Entflechtungsinstrument integriert werden. Als Ultima Ratio muss es möglich sein, praktisch aufgeteilte Märkte neu zu strukturieren und so für Wettbewerb zu sorgen.	<p><b><u>Allgemein:</u></b> Schwarzgelb denkt bei Wirtschaftspolitik vor allem viele detaillierte Vorschläge zum Abbau von Normen und Standards. Auffällig ist, dass eine offensive Innovations- und Investitionsstrategie zum ökologischen Umbau der produzierenden Wirtschaft vollkommen fehlt. Kein Wort zur klassischen deutschen Stärke in der Industrie. Keine Idee für eine ökologische Industriepolitik, die diese Stärken für die Zukunft sichert und die Arbeit von morgen schafft.</p> <p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Novelle Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)</b>, als „ultima ratio ein Entflechtungsinstrument“ einführen</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Symbolpolitik der FDP, die die Union in der Großen Koalition noch abgelehnt hat. Zudem vor dem Hintergrund der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes verfassungsrechtliche Probleme, da Eingriff in div. Grundrechte.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Bürokratieabbau:</b> Bürokratiekosten der Wirtschaft bis 2011 im Vergleich zu 2006 um 25 % reduzieren.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Einrichtung von Modellregionen für Bürokratieabbau</li> <li>- Kompetenzen Normenkontrollrat ausbauen</li> <li>- Rat für Bürokratieabbau bei EU-Kommission</li> <li>- EU-Richtlinien „wettbewerbsneutral“ umsetzen (1 zu 1)</li> <li>- Möglichkeiten der Befristung von Gesetzes und Verordnungen</li> <li>- Überprüfung AGG auf Abbau von Bürokratielasten</li> <li>- Überprüfung Planungs- und Baurecht bei Infrastrukturvorhaben</li> <li>- Bundesgesetzlich geregelte Genehmigungsverfahren verkürzen und beschleunigen</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Schwarzgelb übernimmt lediglich die bereits (seit dem KV von 2005!) bestehende Verpflichtung des 25%-Zieles, die wir weitgehend durch drei Mittelstandsentlastungsgesetze der Großen Koalition umgesetzt haben. Eine weitergehende Preisgabe von Regulierungen geht schnell zu Lasten schutzwürdiger Ziele wie die Überprüfung des AGG andeutet.</p>
	<p>Vergaberecht transparenter, einfacher, anwendungsfreundlicher werden; „vergabefremde“ Kriterien (soziale und umweltbezogene) abschaffen</p>	<p><b>Vergaberecht</b> soll weiter reformiert und gestrafft werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Besonders die 2009 eingeführte Berücksichtigung sozialer und ökologischer Standards („vergabefremde Aspekte“) soll überprüft und ggfs. korrigiert werden.</li> <li>- Gesetzentwurf für reformiertes Vergaberecht bis Ende 2010</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die SPD will Qualitätswettbewerb. Staatliche Regeln sollen helfen, nachhaltiges Wachstum und fairen Wettbewerb zu fördern. Wir wollen</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p>die Möglichkeiten des Vergaberechts nutzen, um mittelständische und tarifreue Unternehmen zu stärken und ökologische Innovationen voranzutreiben. Öffentliche Aufträge haben dabei Vorreiter- und Pionierfunktion. Schwarzgelb zielt auf das Gegenteil: Der Wettbewerb soll offensichtlich zu Lasten der Arbeitsbedingungen, der Löhne und der Umwelt gehen.</p>
<p>Ausbau der Breitbandtechniken in bislang noch nicht versorgten ländlichen Gebieten und Ausbau deren Leistungsfähigkeit</p>	<p>Flächendeckender Zugang zu Breitband-Internet.</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Breitbandausbau:</b> Monitoring zum Umsetzungsstand einleiten</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Der Ausbau eines hochleistungsfähigen Breitbandes für alle Menschen in Deutschland erfordert Investitionen von 50 Milliarden Euro. Schwarzgelb gefährdet die in der Großen Koalition gesteckten Ziele. Ein „Monitoring“ ist zu wenig. Breitbandausbau kann nicht von einem Unternehmen allein bewältigt werden. Die Bundesnetzagentur muss in Zusammenarbeit mit dem Bundeskartellamt und den Betreibern die Rahmenbedingungen für solche Kooperationen klären und entsprechende regulatorische Rahmenbedingungen schaffen. Denkbar wäre auch der Zusammenschluss in einer Breitband AG.</p>

## Gesundheit und Soziales

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<b><u>Gesundheit und Pflege</u></b>		
Weiterentwicklung der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung	Stärkung des Wettbewerbs im Gesundheitssektor. Starke private Krankenversicherung. Beitragsautonomie der Krankenkassen. Abschaffung Gesundheitsfonds.	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Systemwechsel in der Krankenversicherung:</b> Einsetzung einer Regierungskommission zur Überführung des bestehenden Systems in eine „neue Ordnung“</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Einfrieren der Arbeitgeberbeitrages auf 7%</li> <li>- Arbeitnehmeranteil um einkommensunabhängige Pauschale ergänzen</li> <li>- Sozialausgleich über Steuern</li> <li>- System von Grund- und Wahlleistungen</li> <li>- Regionalisierung von Einnahmen und Ausgaben bei den Krankenkassen</li> <li>- Reduzierung des Morbi-RSA</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Der zentralen Frage nach der Zukunft der Krankenversicherungen widmet der Koalitionsvertrag nur wenige allgemeine Zeilen. Die Entscheidung wird vertagt, aber die Verunsicherung wächst. Denn massive Entsolidarisierung, Kostensteigerungen für gesetzlich Versicherte und Einschnitte in die Leistungen sind zu befürchten. Schwarzgelb hat einen Wegweiser für den Marsch in die Zwei-Klassen-Medizin aufgestellt: Durch Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags müssen die Versicherten in Zukunft alleine das Risiko für Kostensteigerungen übernehmen. Der Arbeitnehmeranteil wird in eine einkommensunabhängige Kopfpauschale umgewandelt – der Pförtner zahlt also den gleichen Betrag wie der Direktor. Wie der steuerfinanzierte Sozialausgleich stattfinden soll, ist im</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p>Spannungsfeld von Steuersenkungen und Rekordverschuldung völlig unklar. Aber Zuzahlungen, Aufzahlungen, Eigenanteile und privat zu bezahlende Leistungen nehmen drastisch zu. Durch die Regionalisierung der Einnahmen und Ausgaben der Krankenkassen werden viele Krankenkassen in einkommensschwachen Regionen ihren Beitragssatz anheben müssen. Einkommensstarke Regionen bevorteilt. Dies geht zu Lasten der strukturschwachen Regionen und insbesondere Ostdeutschlands. Die soziale und regionale Spaltung nimmt zu. Gesundheit hängt vom Geldbeutel und vom Wohnort ab.</p>
		<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Wechsel in die PKV wird erleichtert:</b> wieder nach einmaligem Überschreiten der Jahresentgeltgrenze möglich</p> <p><b>Basistarif der PKV</b> wird überprüft. Abgrenzung von GKV und PKV beim Angebot von Wahltarifen</p> <p><b>Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte</b> an Kostenentwicklung anpassen</p> <p><b>Arzneimittelmarkt:</b> regulierende Instrumente überprüfen und ggf. abbauen, „Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen“ überprüfen</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Formulierungen im Koalitionsvertrag belassen es bei Andeutungen. Trotzdem wird die Stoßrichtung erkennbar: Die Anbieter von Privatversicherungen werden begünstigt. Bei den Honoraren wird nochmals draufgesattelt, obwohl die Ärzte zuletzt hohe Einkommenszuwächse hatten. Instrumente wie Rabattverträge und die neutrale Kosten-Nutzen-</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		Bewertung von Arzneimitteln werden in Frage gestellt – die Arzneimittelpreise steigen. Hinter diesen Schritten verbirgt sich Klientelpolitik zu Lasten der Versicherten und zu Gunsten von Ärzten, Pharmaindustrie und Versicherungswirtschaft.
Bekenntnis zur Stärkung der Prävention und Gesundheitsförderung		<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Prävention:</b> Vorhandenes bewerten, abstimmen und analysieren, auf Bewährtem aufbauen.</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Keine neuen Ansätze. Schon in der 16. WP hat die Union ein Präventionsgesetz systematisch blockiert. Damit werden erhebliche Einsparpotenziale bei der Weiterentwicklung von Prävention und eine Hebung des gesundheitlichen Niveaus insbesondere sozial Benachteiligter und Migranten missachtet. Schwarzgelb verkennt die Chancen eines konsequenten Ausbaus der Gesundheitsprävention.</p>
Hohes Niveau der Pflegeleistung sicherstellen und einen steigenden Zuzahlungsbedarf zu Lasten der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der Sozialhilfeträger verhindern	Finanzielle Grundausstattung über Pflegeversicherung, Möglichkeit der freien Gestaltung der Pflegeleistungen	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Pflegeversicherung:</b> Zusätzliche, verpflichtende, private Vorsorge. Das bestehende Umlageverfahren wird durch Kapitaldeckung ergänzt.</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Auch bei der Pflegeversicherung wird der Weg zur einseitigen Mehrbelastung der Versicherten eingeschlagen. Die Entsolidarisierung gefährdet die Finanzierung dringend nötiger Pflegedienstleistungen.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<b><u>Rente</u></b>		
<p>Zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge: Steuerliche Förderung soll entbürokratisiert und vereinfacht werden. Weitere Personengruppen sollen die Förderung in Anspruch nehmen können.</p>	<p>Zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge: Bedeutung der zusätzlichen Altersvorsorge soll steigen, da gesetzliche Rente nur noch eine Grundversorgung gewährleisten wird.</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Stärkung kapitalgedeckte Altersvorsorge:</b> Aufnahme von Selbständigen in die staatlich geförderte Altersvorsorge prüfen</p> <p><b>Erziehungsleistungen</b> in der Alterssicherung noch besser berücksichtigen</p> <p><b>Altersarmut:</b> private und betriebliche Vorsorge soll sich auch für Geringverdiener lohnen, wer „ein Leben lang Vollzeit gearbeitet und vorgesorgt hat“, soll „ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung erhalten, das bedarfsabhängig und steuerfinanziert ist. Eine Regierungskommission soll eine „Anpassungsregel“ entwickeln.</p> <p><b>Rentenangleichung Ost/West:</b> einheitliches Rentensystem im Laufe der Legislaturperiode</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Eine der größten Herausforderungen der Sozialversicherungen ignoriert der Koalitionsvertrag Die wenigen Sätze zur Rentenversicherung sind unklar. Schwarzgelb schweigt sich aus zur Rentengarantie, zum Renteneintrittsalter und zu flexiblen Übergängen durch Altersteilzeit und die Teilrente, sowie zu notwendigen Änderungen bei der Absicherung des Erwerbsminderungsriskos. Die versprochene Einführung eines zweiten Systems der Grundsicherung im Alter ist nebulös. Die systematischen und finanziellen Probleme bei der Angleichung des Rentenwerts in Ost und West werden noch nicht einmal berührt.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<p>Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt soll mit Eingliederungszuschüssen unterstützt werden. Stärkung der "Gemeinsamen Servicestellen", um eine bessere Beratung leisten zu können. Umfassende Beteiligung von Menschen mit Behinderungen als "Experten in eigener Sache."</p>	<p>Das Persönliche Budget soll umfassend und trägerübergreifend geschaffen werden. Die Eingliederungshilfen im SGB XII sollen weiter entwickelt werden, unter finanzieller Beteiligung des Bundes.</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Menschen mit Behinderung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention</b> über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Ein Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention ist zu begrüßen. Hier müssen Union und FDP Farbe bekennen. Es geht um eine inklusive Gesellschaft, um Teilhabe und mehr Selbstbestimmung, gemeinsames Leben und Lernen, von der Kita bis zur beruflichen Ausbildung und zum Studium. Es geht um Teilhabe am Arbeitsleben. Dabei ist auch die Wirtschaft gefordert. Zu all diesen konkreten Fragen schweigt der Koalitionsvertrag.</p>

## Familie

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<p>Einführung eines Teilelterngeldes: bei reduzierter Arbeit erhalten Eltern <b>Teilelterngeld</b> für das ausfallende Einkommen, kann bis zu 28 Monate bezogen werden.</p> <p>Wir werden die Zusage einlösen, dass Eltern ab 2013 ein <b>Betreuungsgeld</b> monatlich erhalten, wenn sie keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen. Das Betreuungsgeld ist unbürokratisch auszugestalten.</p>	<p><b>Elterngeld</b> an das Brutto, nicht an das Nettoeinkommen knüpfen. Elternzeit ist zu flexibilisieren.</p> <p>Mindestelterngeld an Hartz-IV-Empfänger überprüfen.</p> <p>Eltern, die sich für gemeinsame Teilzeitregelungen entscheiden, dürfen nicht benachteiligt werden (Stichwort: doppelten Anspruchsverbrauch beenden).</p> <p>Die Einführung eines <b>Betreuungsgeldes</b> lehnt die FDP ab.</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Kinderbetreuung:</b> qualitativ und quantitativ flexibler Ausbau mit Trägervielfalt, Kinderlärm darf keinen Anlass für gerichtliche Auseinandersetzung sein</p> <p><b>Elterngeld:</b> Weiterentwicklung, Flexibilisierung und Entbürokratisierung des Elterngeldes. Die Partnermonate sollen gestärkt und ein Teilelterngeld bis zu 28 Monaten eingeführt werden.</p> <p><b>Betreuungsgeld:</b> ab 2013 ein Betreuungsgeld als Bundesleistung in Höhe von 150 Euro, gegebenenfalls als Gutschein, für Kinder unter drei Jahren.</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Union und FDP äußern sich nicht zu den Zielen und Kosten des entschlossenen Ausbaus der Betreuungsplätze. Anzeichen einer Schwerpunktverlagerung von sozialen Dienstleistungen zu finanziellen Leistungen sind erkennbar. Vor allem die Einführung eines Betreuungsgeldes wird fatale bildungs-, arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitische Fehlansätze setzen. So werden überkommene Rollenmuster zwischen Männern und Frauen verfestigt. Vor allem Kinder aus benachteiligten Familien erhalten schlechtere Bildungschancen. Denn für viele der benachteiligten Familien stellt das Betreuungsgeld einen sehr hohen Anreiz dar, ihre Kinder zu Hause zu behalten. Alle Kinder sollten aber von Anfang an eine bessere Integration, einen besseren Spracherwerb und eine bessere Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern erhalten. Dass Kinderlärm nicht vor Gericht landen darf, ist richtig.</p>

## Gleichstellung

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
	<p>Der Grundsatz der <b>Geschlechtergleichstellung</b> ist uneingeschränkt umzusetzen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Frauen und Männer für gleiche Arbeit am gleichen Ort gleich bezahlt werden.</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Überwindung der Entgeltungleichheit:</b> In der Wirtschaft soll für die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen „geworben“ werden; für mehr Frauen in Führungspositionen soll es zu einer „Selbstverpflichtung“ der Wirtschaft kommen.</p> <p><b>Frauen in Führungspositionen:</b> Stufenplan zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Prüfen, werben, bilanzieren, auf Selbstverpflichtungen bauen, das ist deutlich zu wenig. Schwarzgelbe Gleichstellungspolitik ist ein zahnlöser Tiger. Notwendig ist jetzt ein gleichstellungspolitisches Aktionsprogramm:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ein gesetzlicher Mindestlohn, von dem viele Millionen Frauen im Niedriglohnbereich profitieren.</li> <li>- Eine gesetzliche Regelung für die Durchsetzung von Entgeltgleichheit.</li> <li>- Eine gesetzliche Regelung für die Wirtschaft: Wir wollen in Aufsichtsratsgremien von Unternehmen eine Frauenquote von 40 Prozent einführen. Andere Länder wie Norwegen machen es vor.</li> </ul> <p>Hinzu kommt die fatale Umkehr bei der Familienpolitik und der Kinderbetreuung: Milliarden für Kindergeld, Kinderfreibeträge und Betreuungsgeld, aber vorprogrammierter Stillstand beim Ausbau frühkindlicher Bildung. Keine Gebührenfreiheit, keine Ausweitung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz und keine Beteiligung des Bundes.</p>

## Bildung

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
bis 2015 gesamtstaatlich zehn (7/3) % des BIP in Bildung und Forschung investieren	möglichst bis 2010 (!) mind. zehn % des BIP (7/3) (Bund und Länder) in Bildung und Forschung investieren	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Erhöhung Bildungs- und Forschungsausgaben</b> des Bundes bis 2013 um 12 Mrd. Euro. Maßnahmen, damit Länder, Wirtschaft und Private ihren Anteil am 10-Prozent-Ziel (BIP) bis 2015 erreichen</p> <p><b>Bildungsbündnisse, Sprache, Bildungsfinanzierung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bildungsbündnisse vor Ort mit „Bildungsschecks“ für benachteiligte Kinder und Jugendliche fördern</li> <li>- Verbindliche, bundesweit einheitliche Sprachstandstests vor Vierjährige, ggf. verpflichtende Sprachförderung</li> <li>- „Zukunftskonto“ mit 150 Euro Starguthaben für jedes neu geborene Kind, staatliche Prämie bei privaten Einzahlungen</li> <li>- Erhöhung Stipendiaten von 2 auf 10 Prozent der Studierenden, Nationales Stipendienprogramm: Von Hochschulen angeworbene Stipendiaten bis zu 300 Euro/Monat von Bafög-Anrechnung befreit und bis zu 150 Euro öffentlich bezuschusst (hälftig Bund und Länder)</li> <li>- Büchergeld der Begabtenförderwerke von 80 auf 300 Euro anheben</li> <li>- BAfög sichern und weiterentwickeln</li> <li>- Erwartung an Länder, für bessere Betreuungsrelationen in Kitas und Schulen zu sorgen</li> </ul> <p><b>Hochschulen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Steigerung der Studienanfänger und Studienabsolventenzahl</li> <li>- Evaluierung Bologna, „Bologna-Qualitäts-Mobilitäts-Paket“ zur Verbesserung der Lehre und Anerkennung der Studienleistungen</li> <li>- Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes</li> </ul> <p><b>Berufliche Bildung und Weiterbildung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Flexibilisierung, Modularisierung unter Wahrung des Berufsprinzips</li> </ul>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fortführung Ausbildungspakt, Ausbildungsangebot an jeden ausbildungsfähigen und –willigen Jugendlichen</li> <li>- „Weiterbildungsallianz“ von Sozialpartnern, Ländern, BA und Verbänden</li> <li>- Tarifvertraglich vereinbarte Lernzeitkonten</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die angekündigten Mittelsteigerungen für Bildung und Forschung stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Besonders die Länder bekommen massive Probleme, wegbrechende Steuereinnahmen und Bildungsanstrengungen unter einen Hut zu bringen. In dieser Lage „Erwartungen“ an die Länder zu formulieren, grenzt an Schamlosigkeit. Schwarzgelb hat kein seriöses Konzept, angekündigte Investitionen auch tragfähig zu finanzieren. Mit dem „Bildungssoli“ als Aufschlag auf den Spitzensteuersatz für sehr hohe Einkommen haben wir ehrliches und gerechtes Alternativkonzept.</p> <p>Außerdem bleibt unklar, für welche konkreten Maßnahmen in der Bildung das zusätzliche Geld verwendet werden soll. In der Bildungspolitik enthält die Vereinbarung mehr inhaltsleere Floskeln als konkrete Maßnahmen, und dort, wo konkrete Ansätze und Instrumente genannt werden, leisten sie weder einen Beitrag zur Chancengleichheit noch zur Verbesserung der Qualität in der Bildung. Im Gegenteil: Die Bildungsfiananzierung zeigt den Einstieg in die Privatisierung von Bildungschancen und treibt die soziale Spaltung des Bildungssystems voran. Statt auf den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und die Gebührenfreiheit der Bildungsangebote setzt Schwarzgelb durch Sparmodelle auf die private Kostenbeteiligung. Das geplante Stipendien-Modell ist eine versteckte Querfinanzierung von Studiengebühren. Weder Stipendien noch Bildungssparen lösen die Bildungsmisere oder lindern Bildungsarmut. Das BAföG als eigentliches Mittel, auch Kindern aus einkommensschwachen Familien zu helfen, wird nicht erwähnt.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p>chen Familien ein Studium zu ermöglichen, gerät unter Finanzierungsdruck. Die Aufgabe des Hochschulrahmengesetzes droht Hochschulzulassung und -abschlüsse noch unübersichtlicher zu machen. Für Studierende der Bachelor- und Masterstudiengänge wird kein konkretes Verbesserungsangebot gemacht.</p> <p>Die wenigen Aussagen zu Berufsbildung und Weiterbildung offenbaren den Mangel an Interesse und Ehrgeiz. Wieder eine zentrale Herausforderung, die Schwarzgelb ausblendet. Jugendliche in Warteschleifen bekommen kein konkretes Angebot. Das Finanzierungsproblem wird ignoriert.</p>
<p>Bildung bleibt Ländersache, wie es im Grundgesetz geregelt ist.</p>	<p>„Wettbewerbsföderalismus“: Bildung ist und bleibt Ländersache</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p>„<b>Bildungspartnerschaft</b>“ von Bund, Ländern und Kommunen</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Aussage ist ohne Substanz: Das bildungspolitische Kooperationsverbot von Bund und Ländern soll nicht angetastet werden. Wer es mit der „Bildungspartnerschaft“ von Bund und Ländern wirklich ernst meint, der muss im Grundgesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine echte Partnerschaft möglich ist. Dabei geht es um gleich gute Bildungschancen unabhängig vom Wohnort. Dafür brauchen wir gesamtstaatliches Handeln statt Kleinstaaterei, Kooperation statt Konkurrenz im Bildungsföderalismus.</p>

## Forschung

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<p>steuerliche Förderung von klar abgrenzbaren Ausgaben für Forschung und Entwicklung; Forschungsförderung für den Mittelstand zur Intensivierung des Technologietransfers weiter steigern</p> <p>Wissenschaftsfreiheitsinitiative muss weiter vorangetrieben werden</p>	<p>wirksame steuerliche Forschungs- und Entwicklungs-Förderung (FuE-Förderung); FuE-Förderung stärker auf den Mittelstand ausrichten</p> <p>Wissenschaftsfreiheitsgesetz, das den staatlichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen die Verantwortung für ihre Sach-, Personal- und Finanzangelegenheiten überträgt.</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung</b> wird angestrebt, zusätzliche Forschungsimpulse für kleine und mittlere Unternehmen</p> <p><b>Hightech-Strategie weiterentwickeln:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Anwendungsfelder Klimaschutz/Energie, Gesundheit, Mobilität, Kommunikation, Sicherheit</li> <li>- Schwerpunkt auf kleine und mittlere Unternehmen</li> <li>- Grüne Gentechnik kann Beitrag zur Hungerbekämpfung leisten</li> <li>- Stammzellforschung hat große Chancen, Prüfung einer Dialogplattform Deutsches Stammzellnetzwerk</li> </ul> <p><b>Wissenschaft stärken:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Hochschulpakt, Pakt für Forschung und Innovation, Exzellenzinitiative werden fortgeführt</li> <li>- Wissenschaftsfreiheitsgesetz, Globalhaushalte, Unternehmensbeteiligungen, außertarifliche Vergütungen, Tarifhoheit der Forschungsorganisationen</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Koalition setzt forschungspolitisch falsche Schwerpunkte und vernachlässigt wichtige Forschungsfelder: Problematisch ist die Schwerpunktsetzung auf „alte“ Technologien wie Atomenergie und kerntechnische Sicherheitsforschung statt auf Energie- und Energieeffizienzforschung im Bereich der erneuerbaren Energien. Gleichzeitig werden wichtige Bereiche wie Dienstleistungs- und Arbeitsforschung, Demographie- und Bildungsforschung, Friedens- und Konfliktforschungsför-</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p>schung sowie die Geistes- und Sozialwissenschaften vernachlässigt.</p> <p>Die Koalition strebt die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung in Unternehmen an und betreibt damit Wirtschaftsförderung mit der Gießkanne statt gestaltende Forschungspolitik. Für die SPD ist klar, dass steuerliche Förderkomponenten auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) begrenzt bleiben muss. Ministerin Schavan dagegen hat bereits klargestellt, dass es um Steuergutschriften für alle Unternehmen geht (FTD vom 28.10.2009).</p> <p>Für die SPD-Bundestagsfraktion hat die Projektförderung des Bundes immer die oberste Priorität, da sie als flexible Programmförderung das wesentliche Instrument für eine Forschungspolitik darstellt. Die Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung unabhängig von der Unternehmensgröße widerspricht dem Anspruch forschungspolitischer Gestaltung und effizienter Zielgenauigkeit der Forschungsförderung.</p>

## Energie und Umwelt

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<p><b>Kernenergie</b> ist Brückentechnologie. Union fordert eine Laufzeitverlängerung der sicheren deutschen Anlagen. Einen Neubau von Kernkraftwerken lehnt sie ab. Der größte Teil des zusätzlich generierten Gewinns aus der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke soll nach einer verbindlichen Vereinbarung mit den Energieversorgungsunternehmen zur Forschung im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien sowie zur Senkung der Strompreise genutzt werden.</p>	<p>Der <b>Ausstieg aus der Kernenergie</b> (Übergangstechnologie) wird abgelehnt, bis erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang grundlastfähigen Strom erzeugen können oder die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Einlagerung für Kohlekraftwerke im großtechnischen Maßstab zur Verfügung steht. <b>Die Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke sollen in diesem Sinne verlängert werden.</b> Die Kernkraftwerksbetreiber sollen sich dazu bereit erklären, einen Teil der finanziellen Vorteile an eine zu gründende „Deutsche Stiftung Energieforschung“ abzuführen.</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Laufzeitverlängerung von AKW:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vereinbarung mit den Kraftwerksbetreibern zur Laufzeitverlängerung</li> <li>- Regelungen zu Betriebszeiten, Sicherheit, Vorteilsausgleich und Mittelverwendung zugunsten von erneuerbaren Energien</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Schwarzgelb macht Energiepolitik ohne Konzept – ein Energiekonzept soll erst noch erarbeitet werden. Schon jetzt aber ist klar: Die Koalition der Verunsicherung kündigt den Atomkonsens auf. Damit droht der gesellschaftliche Konflikt um die Atomkraft neu aufzureißen. Investitionen in konventionelle Kraftwerke und Erneuerbare Energien werden absehbar zurückgefahren. Das Abschöpfen von Gewinnen ist ungeklärt. Die Maßgaben für die Vereinbarung über längere Laufzeiten sind unbestimmt („möglichst schnell“). Da für einige AKW aber dringlich Entscheidungen für einen eventuellen Weiterbetrieb anstehen, ist zu erwarten, dass mit Zustimmung der Bundesregierung erforderlichenfalls Strommengen von „Neu auf Alt“ übertragen werden müssten – das Sicherheitsniveau also zunächst einmal sinkt!</p>
<p><b>Endlager:</b> CDU und CSU wollen eine sofortige Aufhebung des Moratoriums zur <b>Erkundung des Standortes Gorleben</b>, um so schnell wie möglich die Zwischenlager an den Kraftwerken auflösen zu können.</p>	<p>Das <b>Moratorium zur Erkundung des Salzstocks Gorleben</b> ist aufzuheben, die Erkundungsarbeiten zügig und ergebnisoffen fortzusetzen, um eine abschließende Aussage über die Eignung des Standorts <b>Gorleben als mögliches Endlager für hochradioaktive</b></p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Endlagerung:</b> Das Moratorium zur Erkundung von Gorleben als mögliches Endlager wird aufgehoben. Asse II und Morsleben sollen geschlossen werden.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
	<p><b>Abfälle</b> treffen zu können. Insgesamt strebt die FDP an, das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle bis zum Ende der anstehenden Legislaturperiode zu einer endgültigen Klärung zu führen.</p>	<p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Im Raum steht nach wie vor der ungeklärte Verdacht, dass die Regierung Kohl wissenschaftliche Gutachten zur Eignung von Gorleben manipuliert hat. Das muss aufgeklärt werden. Tatsache ist: Es gibt weltweit kein funktionstüchtiges, in Betrieb befindliches Endlager für hochradioaktive Abfälle. Umso unverantwortlicher ist die Vermehrung des Atom- mülls durch die Verlängerung von Laufzeiten.</p>
		<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Klimaschutz:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ziel, Erderwärmung auf max. 2 Grad Celsius zu begrenzen</li> <li>- Vorreiterrolle beim Klimaschutz beibehalten</li> <li>- Treibhaus-Gas-Emissionen bis 2050 um mind. 80% reduzieren, bis 2020 um 40% ggü. 1990</li> <li>- Einsatz für „anspruchsvolles“ Klimaschutzabkommen in Kopenhagen</li> <li>- Emissionshandel als vorrangiges Klimaschutzinstrument, schrittweise Einbeziehung von Luft- und Seeverkehr</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Schwarzgelb formuliert Klimaschutzziele, die in den konkreten Feldern der Energie- und Wirtschaftspolitik konterkariert werden. Laufzeitverlängerung von AKW, Planungsunsicherheit bei der Förderung Erneuerbarer Energien, straßenorientierte Verkehrspolitik, Ausweichstrategien bei der Erbringung von CO2-Reduktionen reduzieren die Anreize entschiedener Klimaschutzinvestitionen in Deutschland.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
30 % <b>erneuerbarer Energie</b> bei Strom bis 2020	<b>EEG:</b> ja ,aber Vergütung senken;	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Erneuerbare Energien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Technologieführerschaft ausbauen</li> <li>- EEG-Novelle zum 1.01.2012, Überförderung vermeiden, Dialog mit der Solarbranche über Kürzungen</li> <li>- Sofortmaßnahme: Rücknahme der Reduzierung der EEG-Vergütung für modulare Anlagen, die vor dem 1.01.2009 in Betrieb waren</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Planungssicherheit bei erneuerbaren Energien sinkt: Der Intervall der EEG-Novellen wird um 1 Jahr verkürzt. Bei Solarstrom ist u.a. eine zusätzliche Kürzung der Vergütungssätze vorgesehen. Dagegen sind Privilegien für „organische Reststoffe“ und Wasserkraft (Interessen Bayerns versus Naturschutz) sowie bisher unbestimmte Privilegien für Biokraftstoffe mit Inkrafttreten zum 1.1.2010 angekündigt – das ist offene Klientelpolitik.</p>
<b>CCS</b> kann einen Beitrag zur klimafreundlichen Nutzung fossiler Energieträger leisten	<b>CCS</b> muss zügig gefördert werden. Zum Bau der Pipelines soll das Planungsbeschleunigungsgesetz analog angewendet werden.	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Kohle und CCS (CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Lagerung):</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Festhalten an kohlepolitischer Verständigung von 2007, Ausstieg aus Steinkohlebergbau</li> <li>- Ermöglichung des Baus hocheffizienter Kohlekraftwerke</li> <li>- Zeitnahe Umsetzung der EU-Richtlinie für Abscheidung, Transport und Einlagerung von CO<sub>2</sub>.</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Für uns gilt die Revisionsklausel des Steinkohleausstiegs. Bei CCS fehlt jede Aussage dazu, die Belange von Anwohnern und Eigentümern zu</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		berücksichtigen und dem Verursacherprinzip gerecht zu werden.
<p>Union will eine innovative und flexible <b>Naturschutzpolitik</b>, flexible Instrumente Wälder klimaresistent umzubauen, Vernetzung ökologisch wertvoller Gebiete und einen Vorrang für Vertragsnaturschutz</p>	<p><b>Naturschutz</b> mit Naturnutzern gestalten freiwillige Maßnahmen und Vertragsnaturschutz haben Vorrang</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Naturschutz:</b> Kompetenz an Länder, beim Ausgleich von Eingriffen in die Natur das Ersatzgeld anderen Kompensationsmaßnahmen gleichzustellen.</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Änderungen im Naturschutzrecht bedeuten einen Abbau der Standards. Gerade die reale Kompensation bei Eingriffen anstelle von monetärem Ausgleich war wichtig und ist von der SPD noch im Sommer gegen die Union und Länder gehalten worden. Hier hat sich die FDP durchgesetzt – danach wird den Ländern die zweite Option Ersatzgeld geöffnet. Zusammen mit der Betonung von freiwilligen Maßnahmen und Vertragsnaturschutz ist der Naturschutz in der Substanz bedroht. Das wird auch nicht Bekenntnisse für ökologische Verbundsysteme und das nationale Naturerbe aufgewogen.</p>
<p><b>Wasser</b> ist Teil der Daseinsvorsorge; keine Liberalisierung Stärkung Hochwasserschutz</p>	<p><b>Hochwasserschutz:</b> Gewässern mehr Raum Elbe, Donau. keine Staustufen</p>	<p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Im Koalitionsvertrag heißt es: Frei fließende Flüsse haben einen „hohen ökologischen Wert“. Es fehlt das ausdrückliche Bekenntnis gegen Staustufen an Elbe und Donau.</p> <p>Im Bereich Wasserschutz sind geringere Schadstoffeinträge (Dünger, Pflanzenschutzmittel) und mehr Flussraum (Hochwasserschutz) vorgesehen – das sind nach allen Erfahrung mit Interessen der Landwirtschaft und der Länder nicht mehr als fromme Hoffnungen.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
Wiederverwendung genutzter Flächen Vorrang vor Flächenneuverbrauch, keine EU- <b>Bodenschutz</b> -Richtlinie	Begrenzung Flächenverbrauch durch Verdichtung bestehender Siedlungen und Flächenrecycling 30 ha-Ziel ungeeignet,	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Flächenverbrauch:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wiedernutzung Vorrang vor Neuverbrauch von Flächen</li> <li>- Modellversuch für ein Handelssystem mit Flächen zwischen Kommunen.</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Bei der allseits geforderten Verringerung des Flächenverbrauchs (Nachhaltigkeitsstrategie) werden einige Instrumente konkret benannt. Das bleibt aber weiterhin sehr unverbindlich.</p>

## Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<p>Leistungsfähige Infrastrukturen brauchen moderne <b>Finanzierungsinstrumente</b>. Wir werden bei der Infrastrukturfinanzierung PPP-Projekte wie das Betreibermodell beim Ausbau von Bundesautobahnen mittelstandsfreundlich weiter entwickeln. Wir brauchen eine starke Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG), um die Mittel effizienter und zweckgebunden zu bewirtschaften. Die Gesellschaft soll die im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung tätigen Länder bei der Substanzerhaltung und Optimierung des Verkehrsnetzes unterstützen.</p>	<p>Voraussetzung für ausreichende Investitionen ist ein <b>Finanzierungssystem</b>, das von den Unwägbarkeiten des Bundeshaushaltes unabhängig ist. Dabei ist für die FDP klar: Jegliche Umstellung muss aufkommensneutral erfolgen, wegebezogen berechnet und streng zweckgebunden für Investitionen in die Verkehrswege ausgerichtet werden.</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Aufgabentrennung Mobilität:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Personenverkehr, Güterverkehr, Logistik Aufgabe der Privatwirtschaft, Infrastruktur Aufgabe des Staates</li> </ul> <p><b>Investitionen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Investitionen in die Infrastruktur auf „hohem Niveau“</li> <li>- VIFG weiterentwickeln, Prüfung eines Finanzierungskreislaufs Straße mit direkter Zuweisung der LKW-Maut, Herstellung der Kreditfähigkeit der VIFG</li> <li>- Haushaltsabhängigkeit von Verkehrsinvestitionen reduzieren</li> <li>- Belastungsmoratorium, keine Erhöhung LKW-Maut</li> </ul> <p><b>ÖPNV:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Novelle Personenbeförderungsgesetz</li> <li>- Wettbewerblich ausgerichteter ÖPNV</li> <li>- Vorrang kommerzieller Verkehre</li> </ul> <p><b>Bahn:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- „Schrittweise, ertragsoptimierte“ Privatisierung der Transport- und Logistikparten, Erhalt des konzerninternen Arbeitsmarktes</li> <li>- Keine Privatisierung der Infrastrukturparten, staatliche Infrastrukturverantwortung</li> <li>- Prüfauftrag: Mittel des Bundes direkt an Infrastrukturgesellschaften, Trassenerlöse direkt zurück in die Schieneninfrastruktur, Gewinnabführungen aus der Infrastruktur in die Holding ausgeschlossen</li> </ul>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>In der Endfassung sprechen CDU/ CSU und FDP nur noch von einer Zusage von Investitionen auf hohem anstatt dem derzeitigen Niveau. Die Folge wird eine Absenkung der Haushaltsmittel sein. Vor dem Hintergrund der knappen Finanzmittel will die schwarzgelbe Koalition die Kreditfähigkeit der VIFG einführen. Das wäre ein weiterer „Nebenhaushalt“ in Milliardenhöhe. Hinter der Stärkung von verkehrsträgerbezogenen Finanzierungs-kreisläufen steht eine <b>Umstellung von der steuerfinanzierten hin zu einer nutzer- bzw. gebührenfinanzierten Infrastrukturpolitik</b>. Die volle Umsetzung wäre ein klarer Wortbruch der Kanzlerin, die vor der Wahl angekündigt hat, dass es mit ihr keine PKW-Maut geben wird. Mit der gleichzeitig auf die Straße beschränkten Verwendung der LKW- Mauteinnahmen wird der Grundsatz der integrierten und damit <b>verkehrsträgerübergreifenden Verkehrspolitik aufgegeben</b>. CDU/ CSU und FDP werden damit zur Straßenlobby-Koalition. Dazu passt die Ablehnung des Tempolimits auf Autobahnen.</p> <p>Die SPD lehnt aufgrund der zu befürchtenden finanziellen Mehrbelastung der Autofahrer eine PKW- Maut ab. Sie würde besonders die kleineren Einkommen treffen. Zudem führt sie zu einer Verdrängung von Verkehren auf Bundes- und Landesstraßen, was zu mehr Staus, mehr Unfällen und mehr Umweltverschmutzung führt.</p> <p>Die Bahnprivatisierung folgt der Logik „Trennung von Netz und Betrieb“. Positiv ist das Bekenntnis zur Staatsverantwortung für die Infrastruktur. Es bleibt aber rätselhaft, wie der konzerninterne Arbeitsmarkt ohne Erhaltung des Konzernverbundes gesichert werden kann. Im Nahverkehr wird eine Richtungsentscheidung zugunsten privater Anbieter formuliert. Dies fügt sich ein in die Privatisierung der Daseinsvorsorge, die sich durch den Koalitionsvertrag zieht.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
Wir werden die Kapazitäten der <b>Flughäfen</b> dem zukünftigen Wachstum anpassen.	Für Deutschland als Logistikstandort ist die Attraktivität der <b>Flughäfen</b> wichtiger denn je.	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Präzisierung Luftverkehrsgesetz</b>, um „wettbewerbsfähige Betriebszeiten“ von Flughäfen zu ermöglichen.</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Hintergrund ist die aktuelle Rechtsprechung, die Schritt für Schritt den bisherigen Status quo nachteilig durch eine Neuinterpretation des geltenden Rechts verändert. Aus Sicht der SPD muss bei einer Novellierung darauf geachtet werden, dass es nicht zu einer Ausweitung der Möglichkeiten im Bereich Nachtflugverkehren kommt.</p>
Union will <b>Lärmschutzwände</b> und -wälle entlang von Schienenstrecken voranbringen.	Bei Eisenbahn-Neubaustrecken sollen durch Streichung des „ <b>Schienenbonus</b> “ die gleichen strengen Lärmschutzregeln wie im Straßenbau gelten. Lärmdifferenzierte Trassenpreise sollen verpflichtend eingeführt werden.	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Lärmschutz</b> wird ausgeweitet, Schienenbonus reduziert mit dem Ziel, ihn ganz abzuschaffen.</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Abschaffung des „Schienenbonus“ beim Lärmschutz trifft die Bahn an einem empfindlichen Punkt. Das Thema ist ungeheuer populär (z.B. Rheintal), dürfte aber wichtige Investitionen de facto verhindern. Wieder ein Punkt für die Straße.</p>
Wir werden auch mit dem Zukunftsprojekt „Modellregion <b>Elektroautos</b> “ die Voraussetzungen schaffen, dass bis zum Jahr 2020 auf den deutschen Straßen eine Million Elektrofahrzeuge im Einsatz sind.	Weitere Schlüsseltechnologien sind wasserstoffgetriebene Brennstoffzellen und <b>Elektroantriebe</b> .	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Elektromobilität:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Deutschland zu einem Leitmarkt für Elektromobilität machen</li> <li>- Bis 2020 eine Millionen Elektroautos auf die Straße</li> <li>- Aufbau eines Netzes von Ladestellen in den Ballungsräumen</li> </ul>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Als mittel- bis langfristige Alternative zu fossilen Brennstoffen sollen die Weichen für Elektromobilität gestellt werden. In der Koalition gibt es aber Streit um die direkte Förderung beim E-Mobil-Kauf. FDP ist dagegen. Union ist in der Frage gespalten.</p>
<p><b>Stadtumbau</b> als eine wichtige Herausforderung mit milieu- und zielgruppenorientierten Angeboten gestalten. Hierzu zählen insbesondere ein kinder- und familienfreundliches Wohnumfeld</p>	<p>„<b>Stadtumbau Ost</b>“ ist entsprechend der Evaluation anzupassen / „Stadtumbau West“ und städtebaulicher Denkmalschutz sind mit mehr Mitteln auszustatten</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Städtebauförderung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bekenntnis zu „Stadtumbau Ost“</li> <li>- „Der Erfolg des Programms soll nicht durch ungelöste Altschuldenprobleme beim Abriss von Wohnungsleerstand gefährdet werden.“</li> <li>- „Stadtumbau West“ weiterentwickeln, „Soziale Stadt ressortübergreifend umsetzen, Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ zur Stärkung der Innenstadtentwicklung</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Formulierungen zu wichtigen Bundesprogrammen sind vage. Die Koalition ist offenbar unentschieden, wie finanzielle Sicherung und praktische Umsetzung zu garantieren sind.</p>
<p>Die Union will die <b>Wohneigentumsquote</b> in Deutschland erhöhen. Dazu werden wir die Eigenheimrente vereinfachen.</p>		<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Wohneigentum:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wohneigentumsquote erhöhen, Vereinfachung der Eigenheimrente</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Offen lässt der Text, wie die Riester-Rente vereinfacht werden soll. Hierin steckt Konfliktpotential. Dies ist ein Lobby-Punkt der Bausparkassen.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<p>Die Union will das <b>CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm</b> wirkungsvoller ausgestalten, um die derzeitige Sanierungsquote zu steigern.</p> <p>Die Hürden im Mietrecht werden hierfür gesenkt.</p>	<p><b>Programme zur energetischen Sanierung</b> im Bestand (!) fortführen</p> <p>Mietrecht ändern, um energetische Sanierung zu fördern.</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Gebäudesanierung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wirkungsvollere Ausgestaltung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms, um die derzeitige Sanierungsquote zu steigern.</li> <li>- Förderung von Ersatzneubauten soll ermöglicht werden</li> <li>- „Hürden“ im Mietrecht für eine energetische Sanierung zum gemeinsamen Vorteil von Eigentümern und Mietern werden gesenkt, die bestehenden Möglichkeiten der gewerblichen Wärmelieferung (EnergieContracting) im Mietwohnungsbereich erweitert.</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Öffnung des Mietrechts ist ein Problem. Gebäudesanierung zulasten der Mieter ist dann unsozial, wenn die Kosten auf die Mieter kurzfristig übergewälzt und dauerhaft umgelegt bleiben.</p>

## Aufbau Ost

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<b>Solidarpakt II</b> erfüllen	Die Mittel aus dem <b>Solidarpakt II</b> müssen <b>vorrangig für Investitionen</b> eingesetzt werden	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Solidarpakt II:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bekenntnis zum Solidarpakt II</li> <li>- Evaluierung der Förderinstrumente für den Aufbau Ost.</li> </ul>
	<p><b>Modellregionen</b> schaffen, um wirtschaftlich schwache Regionen zu fördern: Öffnungsklausel für die Länder, um befristete Regelungen zu treffen, die gegenüber dem Bundesrecht eine Deregulierung und Entbürokratisierung zur Folge haben.</p>	<p><b>Modellregionen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Expertenkommission für Öffnungsklauseln, die den Ländern (im Bereich Wachstum und Beschäftigung) die Möglichkeit gibt, regionalen Besonderheiten gerecht zu werden</li> <li>- Erprobung der Ergebnisse der Kommission in Modellregionen.</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Beim Solidarpakt signalisiert die Koalition Kontinuität. Im Vorwahlkampf teilweise aus der Union zu hörende Forderungen nach einer Abschaffung des Solidarbeitrags werden nicht mehr aufgegriffen. Allerdings wärmt die Koalition die Idee einer „Sonderwirtschaftszone Ostdeutschland“ wieder auf. Die Modellregionen, die den regionalen Besonderheiten Deutschlands Rechnung tragen sollen bedeuten eine Reduzierung der Sozial- und Lohnstandards. So wird Ostdeutschland eher unattraktiv für Fachkräfte, die regionale Kaufkraft würde geschwächt. Aber auch hier hat Schwarzgelb keinen Mut zur Klarheit. Umstrittene Forderungen werden auch hier vertagt und verschleiert.</p> <p>Das wichtigste Signal ist vermutlich die Kompetenzverlagerung für den Aufbau Ost vom Verkehrs- ins Innenministerium. Die Aufgabe rückt in den Hintergrund einer Verwaltungsroutine.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<p><b>Investitionszulage</b> bis 2013 verlängern und Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung auf hohem Niveau bundesweit fortführen</p>		<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Investitionsförderung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Degression der Investitionszulage 2011 zu prüfen</li> <li>- Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung (GA RW) soll mittelfristig auf dem Niveau von 2008 fortgeführt werden</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Typische Formelkompromisse: Die Investitionszulage ist beihilferechtlich bis 2013 gesichert, ihr absoluter Umfang ist konjunkturabhängig. Eine Überprüfung der Degression kann eine Reduzierung der Finanzmittel bedeuten. Bei der Gemeinschaftsaufgabe Wirtschaft: Keine Festlegung zur Ko-Finanzierung bei vertragsgemäß sinkenden Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBez), keine exakte Festlegung der Zielgebiete, die Formulierung "vergleichbare Regionen mit Wettbewerbsnachteilen" ist überaus interpretationsfähig.</p>
<p><b>„Bürgerarbeit“</b> (Sachsen-Anhalt) weiter vorantreiben und Übertragbarkeit auf größere Regionen prüfen</p>		<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Bürgerarbeit:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Als Instrument, die Integration in den Arbeitsmarkt entsprechend den regionalen Bedingungen deutlich zu verbessern</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Es fehlt jeglicher Hinweis, was unter Bürgerarbeit verstanden werden soll.</p>

## Innenpolitik

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bei Bedarf Unterricht in anderen Religionen</li> <li>- Zwangsheirat als eigenständigen Straftatbestand</li> <li>- Gezielte Gewinnung von Interessenten mit Migrationshintergrund für den Polizeiberuf und die Justiz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften</li> <li>- Kommunales Wahlrecht für Migranten</li> </ul>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Integration:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zusammenarbeit von Bund und Ländern/Kommunen in <b>Integrationspartnerschaften</b> und Erprobung in <b>Modellregionen</b></li> <li>- Schaffen von <b>Integrationsverträgen</b></li> <li>- <b>Integrationskurse</b> sollen flexibilisiert sowie quantitativ und qualitativ aufgewertet werden: Orientierungskursstunden werden von 45 auf 60 angehoben. Primäres Ziel der Sprachkurse: Integration in den Arbeitsmarkt. (Keine Regelungen mehr über Stundenzahl und Bezahlung der Sprachkurse)</li> <li>- Für deutsche wie ausländische Kinder soll es ab dem vierten Lebensjahr <b>verbindliche Sprachstandstests</b> geben. Bei Bedarf: verpflichtende gezielte Sprachförderung.</li> <li>- Erleichterte Einbürgerungen: Verkürzung der Mindestaufenthaltsdauer, wenn besondere Integrationsleistungen vorliegen</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Als wirkliche Integrationsmaßnahme fehlt vor allem ein <b>kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige</b> oder die Möglichkeit der <b>doppelten Staatsbürgerschaft</b>.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Keine doppelte Staatsbürgerschaft</li> <li>- Schwierigkeiten beim Optionsrecht ausräumen</li> <li>- Vereinfachung des Ausweisungsrechts „krimineller Ausländer“ und Terrorismusver-</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einwanderung nach Punktesystem</li> </ul>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Ausländerrecht:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erfahrungen mit den ersten <b>Optionsfällen</b> sollen überprüft und Regelungen ggf. verändert werden.</li> <li>- Gesetzlicher Anspruch auf <b>Anerkennungsverfahren</b>, das feststellt, inwieweit im Ausland erworbene Qualifikationen deutschen Ausbil-</li> </ul>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<p>dächtiger</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erlöschen des Aufenthaltstitels nach rechtskräftiger Verurteilung wegen vorsätzlicher Straftaten zu mehr als drei Jahren Freiheitsstrafe</li> <li>- Schaffung eines neuen Ausweisungstatbestandes für „massiv integrationsfeindliches Verhalten“</li> </ul>		<p>dungen entsprechen. Ausbau der Anpassung-/Ergänzungsqualifizierungen, Teilanerkennungen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Verhinderung von Scheinehen:</b> Prüfung z. B. der Verlängerung der Ehebestandszeit von 2 auf 3 Jahre.</li> <li>- Suchen einer angemessenen Regelung für bisherige <b>Bleiberechtsregelung</b>.</li> <li>- Schulbesuch von Kindern, deren Eltern kein Aufenthaltsrecht haben, soll durch <b>Änderung der aufenthaltsgesetzlichen Übermittlungspflichten</b> öffentlicher Stellen ermöglicht werden.</li> <li>- <b>Hochqualifiziertenzuwanderung</b> nach festen Kriterien</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Änderung der aufenthaltsgesetzlichen Übermittlungspflichten ist positiv zu bewerten. Die SPD setzt sich für entsprechende Regelungen aber nicht nur in Bezug auf den Schulbesuch von Kindern ein, sondern weitergehend auch für medizinische Versorgung und arbeitsgerichtlichen Rechtsschutz. Die Aussage zur Zuwanderung von Hochqualifizierten entspricht dem seit 10 Jahren von der SPD geforderten Punktesystem. Wird allerdings <b>konterkariert durch</b> Ankündigungen im Bereich Arbeitsmarkt: Erleichterungen für Saisonarbeitskräfte sowie bei Au-Pair Anhebung des Altersgrenze und der Aufenthaltsdauer.</p>
<p>Einführung einer nationalen Visa- und Einlader-Warndatei.</p>		<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Einrichtung einer zentralen <b>Visa-Warndatei</b> für Personen, die mit rechtswidrigem Verhalten im Zusammenhang mit dem Visumverfahren, mit rechtswidrigem Verhalten bei sonstigem Auslandsbezug auffällig geworden sind.</li> <li>- Daten zu Einladern, Verpflichtungsgebern oder Bestätigenden werden als notwendige Ergänzung der Datensätze zu Personen nur aufgenommen, wenn zu ihnen Warninhalte gespeichert sind.</li> </ul>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die FDP hatte sich im Vorfeld dagegen ausgesprochen, dass Unverdächtige von staatlichen Maßnahmen betroffen sind. Wegen der Ablehnung der <u>Einladerdatei</u> durch die SPD, war das Gesetz in der 16. WP gescheitert.</p>
	Verzicht auf Online-Durchsuchungen.	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Online-Durchsuchung:</b> (verdeckte Ermittlungsmaßnahmen durch BKA) künftig nur nach Anordnung des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof auf Antrag der Bundesanwaltschaft</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Hürde für die Durchführung der einer Online-Durchsuchung wird angehoben. Die Zuständigkeit des Ermittlungsrichters am BGH erhöht symbolisch die Anwendungsschwelle und bringt für die Online-Durchsuchung zum Ausdruck, wovon auch bislang alle ausgegangen sind: Die Online-Durchsuchung bleibt extreme Ausnahme. Die FDP hat ihre vollmundige Forderung, das Instrument der Online-Durchsuchung abzuschaffen, nicht durchsetzen können.</p>
		<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Internetsperren:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- „Löschen statt Sperren“; Zugangerschwerungsgesetz wird dahingehend ausgesetzt, dass für ein Jahr keine entsprechende kinderpornographische Internetseite gesperrt, sondern versucht wird, diese zu löschen. In dieser Zeit werden beim BKA auch keine Sperrlis-</li> </ul>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p>ten (aufgrund Gesetz oder Vertrag) geführt oder an Provider weitergegeben. Evaluierung und Neubewertung nach einem Jahr.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Keine gesetzlichen Initiativen für Internetsperren bei Urheberrechtsverletzungen.</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Auf unsere Initiative hin wurde der Vorrang des Löschens vor dem Sperren im Gesetz festgeschrieben. Die Aussetzung des Sperrens bedeutet daher lediglich, dass in den Fällen, in denen eine Löschung nicht möglich ist, schlicht nichts geschieht. Dies widerspricht der Gesetzeslage. Die teilweise Aussetzung des Gesetzes wird daher scharf kritisiert von Kinderschutzbund bis Polizei.</p>
Keine Speicherung unnötiger Datenmengen ; Abgleich von Ermittlungsdaten (europ.); Datenschutz kein Täterschutz	Datenschutz ins GG Errichtung Stiftung Datenschutz Wegfall Kontoabfragemöglichkeit Aufhebung der Vorratsdatenspeicherung	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Datenschutz:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Errichtung einer <b>Stiftung Datenschutz</b>, die u.a. einen Datenschutzaudit entwickelt.</li> <li>- <b>Arbeitnehmerdatenschutz</b> wird in einem eigenen Kapitel im Bundesdatenschutzgesetz geregelt.</li> <li>- Zugriff auf die <b>gespeicherten Vorratsdaten</b> durch Bundesbehörden wird bis zur Entscheidung des BVerfG beschränkt auf Zugriffe zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib, Leben, Freiheit.</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Das Bundesdatenschutzgesetz soll laut Koalitionsvertrag überarbeitet werden, ein <b>Datenschutzaudit</b>, wie wir dies in der Großen Koalition angestrebt hatten, soll allerdings die von der FDP gewünschte „Stiftung Datenschutz“ entwickeln. Das ist einmal mehr eine Auslagerung der gesetzgeberischen Tätigkeit.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p>Die SPD hatte ein eigenständiges <b>Arbeitnehmerdatenschutzgesetz</b> vorgesehen, damit Arbeitnehmerdatenschutz nicht in Verhandlungen um andere Punkte verwässert werden kann. Die FDP konnte sich mit ihrer Forderung, die Vorratsdatenspeicherung abzuschaffen, nicht durchsetzen. Dies war auch von Anfang an völlig klar, da die Vorratsdatenspeicherung auf europäischen Vorgaben beruht.</p>
		<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Waffenrecht:</b> Prüfung, ob es beim Vollzug der Kontrollen unzumutbare Belastungen für die Waffenbesitzer gegeben hat.</p> <p><b>Privatpiloten:</b> Sicherheitsüberprüfungen auf „angemessenes Maß“ reduzieren.</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Schwarzgelb signalisiert Klientelpolitik in Sicherheitsfragen. Wir wollen den Zugang zu Waffen in privater Hand deutlich erschweren. Auch die Kontrollen von Sportschützen sollen verschärft und die Anforderungen an die Aufbewahrung erhöht werden. Keine Rede ist mehr davon, dass das BMI die neu geschaffene Möglichkeit, biometrische Sicherungen durch Rechtsverordnung vorzuschreiben, nutzen will.</p>
	<p>Lebenspartner auf allen Gebieten gleichstellen (insbesondere Beamtenrecht, Adoptionsrecht.)</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Eingetragene Lebenspartnerschaften</b> sollen im Beamtenrecht mit der Ehe gleichgestellt werden (Versorgung, Besoldung, Beihilfe). Somit steht ihnen beispielsweise dann ein Familienzuschlag und Hinterbliebenenversorgung zu. Auch die Benachteiligungen im Steuerrecht sollen abgebaut werden.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften im Bundesbeamtenrecht war überfällig nach der Entwicklung auch in einigen CDU-geführten Ländern (Hamburg, Saarland) und der jüngsten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (die sich allerdings auf eine betriebliche Altersversorgung bezieht). Allerdings keine Einigung im Adoptionsrecht. SPD-Bundestagfraktion hat dies selbst wiederholt gefordert, eine Einigung mit der Union ist nie gelungen.</p>

## Kultur und Medien

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Internet/Kommunikation/Neue Medien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Voraussetzungen im Verwaltungsverfahrenrecht schaffen, um <b>rechtsverbindliche elektronische Kommunikation im Verwaltungsverfahren</b> zu gewährleisten.</li> <li>- Sichere elektronischer Kommunikation und Identifikation in neuen Medien mit Möglichkeit eines <b>freiwilligen Identitätsnachweises mit dem elektronischen Personalausweis</b></li> <li>- <b>De-Mail-Gesetz</b>, um Unternehmen die Möglichkeit zu geben, Geschäftsprozesse elektronisch abzuwickeln</li> <li>- Ausbau des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik als zentrale <b>Cyber-Sicherheitsbehörde</b></li> <li>- Einrichtung von <b>Internetstreifen</b> durch die Polizei und <b>Schwerpunktstaatsanwaltschaften</b> für Kriminalität im Internet</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Koalitionsfraktionen widmen der Zukunft des Internets fast fünf Seiten ihres Vertrages. <b>De-Mail-Gesetz</b> sowie der <b>elektronische Personalausweis</b> sind Initiativen, die bereits durch die alte Bundesregierung angestoßen wurden, sind also keine neuen, eigenen Ideen. „Das Internet darf keine urheberrechtsfreier Raum sein“, aber konkrete Hinweise, was im <b>3. Korb einer Urheberrechtsnovelle</b> enthalten sein soll, fehlt. Was ebenfalls fehlt, ist eine konkrete Benennung von tatsächlichen Maßnahmen im Bereich des <b>Jugendmedienschutzes</b>.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Geschichtliche Aufarbeitung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Arbeitsschwerpunkt „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ bei der Bundeszentrale für politische Bildung</li> <li>- Prüfung der Errichtung einer Jugend- und Begegnungsstätte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der Schaffung eines koordinierenden Zeitzeugenbüros</li> <li>- die Fortführung der vom Bund geförderten Programme gegen Rechtsextremismus als „Extremismusbekämpfungsprogramme“ sowie die Erstellung eines Jahresberichts der Bundesregierung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.</li> <li>- Expertenkommission, bzgl. der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)</li> <li>- Errichtung einer Magnus-Hirschfeld-Stiftung</li> </ul> <p><b>Kulturförderung, Medienfinanzierung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbesserung der Möglichkeiten privater Kulturförderung</li> <li>- Überarbeitung des Filmförderungsgesetzes sowie die stärkere Einbeziehung der KfW Bankengruppe in die Filmfinanzierung</li> <li>- Unterstützung der Bemühungen der Länder, die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf eine zukunftsfähige Grundlage zu stellen.</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Expertenkommission und Prüfauftrag BStU ist Beschlusslage Bundestag; dabei wurde jedoch festgeschrieben, dass die Einsetzung dieser Kommission durch den Deutschen Bundestag erfolgt. Es ist bemerkenswert, welche Gewichtung zwischen dem Bereich der NS-Erinnerung und dem der Aufarbeitung SED-Diktatur besteht. Kritisch ist zudem die Verlagerung der Inhalte der Programme zur Be-</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		kämpfung des Rechtsextremismus hin zur Bekämpfung des Linksextremismus und islamistischer Bestrebungen zu bewerten. Auf diese Weise stehen weniger Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Verfügung

Grundsätzlich lässt sich bezüglich der Kulturförderung ein Paradigmenwechsel befürchten – weg von der öffentlich geförderten Kultur, hin zu privat gefördert. Die Aussage über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk **könnte** die von der FDP geforderte **Abschaffung der GEZ bedeuten**. Es ist zu erwarten, dass darunter vor allem seitens der FDP, aber in Teilen auch CDU/CSU eine Neufassung des öffentlich-rechtlichen Funktionsauftrages gemeint ist – und zwar im Sinne einer **Reduzierung des Grundversorgungsauftrages**.

## Rechtspolitik

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zwangsheirat als eigenständigen Straftatbestand</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Aussetzung der Vorratsdatenspeicherung</li> <li>- Ausbau der Opferentschädigung</li> <li>- Erhöhung der Haftentschädigung</li> </ul>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Strafrecht/Strafprozessrecht:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zugriff auf die gespeicherten Vorratsdaten durch Bundesbehörden wird bis zur Entscheidung des BVerfG beschränkt auf Zugriffe zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib, Leben, Freiheit.</li> <li>- Einführung eines <b>eigenen Straftatbestandes</b> der Zwangsheirat Ausbau des Opferschutzes, insbesondere <b>Rückkehrrecht</b> für Opfer von Zwangsheirat</li> <li>- Kommerzielle <b>Sterbehilfe</b> soll unter Strafe gestellt werden.</li> <li>- <b>Schwerpunktstaatsanwaltschaft:</b> Für die Strafverfolgung von <b>Bundeswehr-Soldaten im Ausland</b> sollen die Staatsanwaltschaft Potsdam und die dortigen Gerichte zuständig sein</li> <li>- Die <b>Kronzeugenregelung</b> soll auf die Fälle verengt werden, in denen die „Offenbarung des Täters im Zusammenhang mit seiner eigenen Straftat steht“, also seine eigene Straftat betreffen.</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Formulierung lässt offen, ob ein Zugriff der Bundesanwaltschaft auf die Vorratsdaten zu Zwecken der Strafverfolgung generell ausgeschlossen werden soll.</p> <p>Zwangsheirat ist schon heute als besonders schwerer Fall der Nötigung strafbar. Ein neuer Straftatbestand ist Symbolpolitik. Ein Rückkehrrecht ist zu begrüßen.</p> <p>Neufassung der Kronzeugenregelung verschärft die Problematik noch. Der „Kronzeuge“ wird ein Interesse daran haben, seinen Tatbeitrag zu Lasten anderer zu minimieren.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<p>Union forderte</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine schnellere Bestrafung</li> <li>- Warnschussarrest</li> <li>- Für Heranwachsende (18-21jährige) soll in der Regel allgemeines Strafrecht (Erwachsenenstrafrecht) gelten.</li> <li>- Verankerung des Fahrverbots oder die Verhinderung des Erwerbs der Fahrerlaubnis als eigenständige Sanktion; Öffnung auf alle Arten von Straftaten</li> </ul>	<p>FDP forderte</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- keine finanziellen und personellen Einsparungen im Jugendstrafvollzug</li> <li>- eine schnellere Bestrafung</li> <li>- Warnschussarrest</li> </ul>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Jugendstrafrecht:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Höchst-Jugendstrafe für Mord wird von 10 auf 15 Jahre angehoben.</li> <li>- Eingeführt wird ein sog. Warnschussarrest neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe.</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Wir lehnen beide Vorschläge ab: Höhere Strafe wirkt bei Jugendlichen nicht abschreckend. Reaktionsmöglichkeiten im Jugendstrafrecht sind schon jetzt zahlreich. Eine Straferhöhung allein im Hinblick auf die Schwere der Tat widerspricht dem Erziehungsgedanken. Der Grundgedanke des „Warnschussarrestes“, dass den Betroffenen auch bei einer Bewährungsstrafe die Realität des Freiheitentzugs vor Augen geführt werden müsse, geht von falschen Voraussetzungen aus: die Betroffenen kennen bereits diese Realität aus ihren Vorverurteilungen (Jugendstrafe wird kaum als Erststrafe verhängt). Wir sind für eine verbesserte Prävention und eine <b>schnellere Durchführung</b> von Jugendstrafverfahren und eine <b>umgehende Vollstreckung</b> der Strafen.</p>
	<p>Generelle Kritik an Mietrechtsreform von 2001: Asymmetrische Kündigungsfristen, überlange Verfahrensdauern bei Zahlungs- und Räumungsklagen sowie Schonfristen für säumige Mieter sind abzuschaffen oder zu ändern. Die FDP fordert im Interesse von Mietern und Vermietern eine Vereinfachung des Mietrechts und dessen</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Mietrecht:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Keine Mietminderungsansprüche bei Beeinträchtigung der Mietsache durch Sanierung/Bauarbeiten</li> <li>- „Mietnomadentum“ und Luxussanierungen zum Zwecke der Entmietung wirksam begegnen</li> <li>- Vereinheitlichen der Kündigungsfristen von Mieter und Vermieter</li> <li>- Vermieter von ALG-II-Empfängern sollen Miete direkt von Behörde bekommen</li> </ul>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
	<p>abschließende Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch. Das Thema des so genannten „Mietnomadentums“ muss weiter auf der Agenda bleiben.</p>	<p>- Melderecht: Vermieter soll künftig wieder zustimmen müssen, wenn Mieter sich meldet.</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Schwarzgelb will im Mietrecht vor allem Vermieterinteressen zur Geltung bringen. Der Ausschluss von Mietminderung bei Modernisierungsmaßnahmen bedeutet, dass Mieter auch ohne entsprechende Gegenleistung zahlen sollen. Unbeachtet bleibt, dass Vermieter ohnehin Modernisierungskosten auf den Mieter umlegen können. Die Angleichung der Kündigungsfristen bedeutet, dass entweder auch langjährigen Mietern mit 3-Monatsfrist gekündigt werden kann oder aber sie einen Umzug wegen langer Fristen mit doppelten Mieten bezahlen müssen. Die restlichen Aussagen sind unklar: inwiefern sollen mietrechtliche Forderungen besser durchsetzbar sein? Wie will man Mietnomaden begegnen? Eine direkte Mietzahlung der Behörde an den Vermieter bei ALG-II-Empfängern kommt einer Entmündigung gleich.</p>

## Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<p>Klare Lebensmittelkennzeichnung mit übersichtlichen Informationen auf der Verpackung über Nährwerte, Inhaltsstoffe und Abdeckung des Tagesbedarfs auf der Grundlage einheitlicher Bezugsgrößen ein. Transparenz bei der Herkunftskennzeichnung verbessern.</p>	<p>Transparentere Nährwertkennzeichnung der Lebensmittel, keine Werbeverbote für vermeintlich ungesunde Lebensmittel, keine Ampel</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Lebensmittelkennzeichnung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Lebensmittel-Imitate klar kennzeichnen</li> <li>- Nährwertkennzeichnung, aber keine Ampel</li> <li>- Regionale Herkunftskennzeichnung</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Koalition ignoriert den Verbraucherwunsch nach Ampelkennzeichnung. Stattdessen werden die von der Industrie entwickelten Kennzeichnungssysteme festgeschrieben. Herkunftskennzeichnung wurde bereits im Rahmen der EU-VO vorgeschlagen.</p>
<p>Kontrolle aller Finanzprodukte und Anbieter durch staatliche Finanzaufsicht; Finanzaufsicht künftig auch im Interesse der Verbraucher, Schaffung einheitlicher Regelungen für Vermittler, Aussagekräftige Produktinformation für Finanzprodukte</p>	<p>Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen verbessern: mehr Produktwahrheit, Produktklarheit und Risikotransparenz Mindestanforderungen an Finanzprodukte und Beratung. Effektiver Schadensersatz bei Fehlberatung, Schiedsgerichte und Beweiserleichterungen Verkauf von Krediten nur mit Einwilligung des Schuldners, keine Zwangsvollstreckungen</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Schaffung eines konsistenten Finanzdienstleistungsrechts</li> <li>- Verschärfte Haftung für Produkte und Vertrieb</li> <li>- Anforderungen an Berater und Vermittler insbesondere in Bezug auf Qualifikation, Registrierung, und Berufshaftpflicht vereinheitlichen</li> <li>- vollständige Kostentransparenz</li> <li>- Weiterverkauf von Forderungen aus Immobiliendarlehen nur an Banken.</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Bleibt hinter Erwartungen zurück: gesetzliche Verpflichtung zu Kurzinformationsblatt fehlt; kein Marktwächter Finanzen bei den Verbraucherkrediten; kein Ausbau unabhängiger Finanzberatung.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<p>Zeitliche Befristung der Steuer-senkung beim Agrardiesel aufheben und Entlastung dauerhaft wirksam machen; Bundeszu-schuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung muss bestehen bleiben</p>	<p>Ungleiche Steuerlasten (z.B. Agrardiesel) auf EU-Ebene vereinheitlichen; mehr Wettbewerb und Kapitaldeckung in der Unfallversicherung;</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Landwirtschaft / Milchwirtschaft:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Einheitliche Besteuerung des Agrardiesels auf EU-Ebene; Fortführung Steuerermäßigung in Deutschland</li> <li>- Grünlandmilchprogramm des Bundes für zwei Jahre, Volumen 500 Mio. Euro</li> <li>- Bundeszuschuss zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung erhöhen, Volumen 2010 und 2011 200 Mio. Euro</li> <li>- Liquiditätshilfeprogramm Landwirtschaft für zwei Jahre (50 Mio. Euro)</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Schwarzgelb erkauft sich zwei Jahre Zeit durch ein Subventionsprogramm von rund 1 Mrd. Euro. Strukturfragen bleiben unbeantwortet. Aussagen zu EU-Agrarsubventionen bleiben sehr vage, möglichst keine Veränderung erwünscht.</p>
<p>Sorgen der Bürger ernst nehmen, keine unnötigen Risiken. Keine Patente auf Tiere und Pflanzen.</p> <p>(CSU: gentechnikfreie Regionen)</p>	<p>Weiterentwicklung der Pflanzenzüchtung, Züchtung transgener Sorten zur Sicherung der Welternährung, Minderung Pflanzenschutzmitteleinsatz, Resistenzzüchtung, Abbau gesellschaftlicher Vorbehalte.</p> <p>Für effiziente und nachhaltige „High-Tech-Landwirtschaft“</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Grüne Gentechnik:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Potentiale der Grünen Gentechnik nutzen</li> <li>- Festlegung auf Zulassung der gv-Kartoffel Amflora</li> <li>- Änderung des Gentechnikgesetzes und des EG Gentechnikdurchführungsgesetzes zur Erleichterung für Wirtschaft und Überwachung</li> </ul> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Verbraucherbelange treten hinter kommerziellen Interessen zurück. Erleichterungen für die Wirtschaft und weniger Transparenz für den Verbraucher. Das Bekenntnis zum Vorrang der Sicherheit wird konter-</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		kariert durch die Festlegung auf Zulassung der gv-Kartoffel Amflora. Gentechnikfreie Zonen soll es nicht geben, aber mehr Spielraum für die Länder für die Abstände zwischen konventionellen, ökologischen und gentechnisch veränderten Kulturen. Dadurch droht eine schleichende GVO-Durchdringung bei Lebensmitteln und der Natur

## Internationale Politik

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p><b><u>Allgemeine Bewertung</u></b>            Die allgemeinpolitischen Ausführungen im internationalen Teil bewegen sich auf der Basis bisheriger Regierungspolitik. Im Detail zeigen sich jedoch Abweichungen von der bisherigen Politik. Eine wertegebundene Außenpolitik war <i>das mediale Abgrenzungsmerkmal</i> der Union, das auch gerne von den Medien transportiert wurde. Trotz des verbalen Bekenntnisses zur wertegebundener Außenpolitik nimmt die <b>interessengeleitete Außenpolitik</b> einen breiten Raum im Koalitionsvertrag ein.</p>
<p>Unterstützung von „fairen“ Initiativen zur Abrüstung von Nuklearwaffen und konventionellen Streitkräften.</p>	<p>Abzug der verbliebenen US-Nuklearwaffen aus Deutschland.</p> <p>Konsequente Abrüstungspolitik; Ziel: Vollständige nukleare Abrüstung.</p> <p>US-Raketenabwehrsystem in Tschechien und Polen wird abgelehnt.</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Abrüstung/Rüstungskontrolle:</b>            Abrüstung und Rüstungskontrolle „zentraler Baustein einer globalen Sicherheitsarchitektur“. Trend neuer Aufrüstungsspiralen umkehren und ausstehende Ratifizierung des Atomteststoppvertrages und des KSE-Vertrages nachholen. Neue Initiativen für vertragsgestützte Abrüstung bei Atomwaffen. Im Rahmen der NATO und bei US-Administration für Abzug der in Deutschland verbliebenen Atomwaffen.</p> <p>Der Koalitionsvertrag enthält keine Aussagen und keine klaren Kriterien für eine restriktive <b>Rüstungsexportpolitik</b>. Einseitig verweist der Vertrag auf die „wirtschaftspolitische Bedeutung“ einer „leistungsfähigen nationalen wehrtechnischen Industrie“.</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Neben den allgemeinen Aussagen zur nuklearen und konventionellen Abrüstung weckt die Koalition die Hoffnung, sie könne den <b>Abzug der US-Atomwaffen</b> aus Deutschland realisieren. Den Trend zur Aufrüstungsspirale will sie umkehren.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p>Die Ausführungen zum Thema <b>Rüstungsexportpolitik</b> weisen in Richtung <b>Liberalisierung</b> hin. Es ist nicht – wie bisher üblich - von <i>restriktiven</i> Bestimmungen die Rede. Die Formulierung „<i>Harmonisierung</i> von Rüstungsexportbestimmungen in der EU“ ist Synonym für „<b>Aufweichung</b>“ unserer restriktiven nationalen Bestimmungen.</p>
<p>Bundeswehreinsätze durch Mandat des Bundestages, in Übereinstimmung mit Grundgesetz/Völkerrecht und „im Lichte unserer internationalen Bündnisverpflichtungen“; auch Abwägung Risiko.</p> <p>Einsätze müssen erfolgen zur „Bewahrung oder Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit“.</p> <p>Ausreichende Finanzmittel für die Bundeswehr.</p> <p>Bekanntnis zu starker wehrtechnischer Industrie.</p>	<p>Nur gemeinsam mit den Partnern in der NATO oder der EU sowie auf der Grundlage einer klaren völkerrechtlichen Legitimation möglich.</p> <p>Parlamentsvorbehalt</p> <p>Deutschland benötigt hoch motivierte, sehr gut ausgebildete und mit modernster Bewaffnung ausgerüstete Streitkräfte.</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Auslandseinsätze der Bundeswehr:</b> Statt eines UN-Sicherheitsratsmandats soll künftig eine „<b>völkerrechtliche Legitimation</b>“ ausreichend sein. Eine <b>Finanzierung</b> von „zusätzlichen“ bzw. „unvorhersehbaren“ Kosten für Bundeswehr-Einsätze soll <b>über den Einzelplan 60</b> vorgenommen werden.</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die Formulierung zu den Auslandseinsätzen eröffnet viele Optionen zum Einsatz von Streitkräften im Ausland ohne UN-Mandat. Wir haben ein entsprechendes Ansinnen der Union in der Großen Koalition stets zurückgewiesen und auf einem Mandat des UN-Sicherheitsrats bestanden. Der Hinweis auf „<b>angemessene</b>“ <b>Kontrollmöglichkeiten</b> des Bundestages deutet auf eine <b>Aufweichung des Parlamentsbeteiligungsrechts</b> in bisheriger Form hin. Die Ankündigung zur „<b>schrittweisen Beendigung</b>“ von UNIFIL – das die FDP bislang abgelehnt hatte – und zur „<b>kritischen Überprüfung</b>“ von OEF soll <b>Signal zur Beendigung von Bundeswehr-Mandaten</b> geben. In den Formulierungen des Koalitionsvertrages klingt es aber mehr als Gesichtswahrung für die FDP, denn substanzielle Neuansätze gibt es nicht. Im Gegenteil: Mit dem Steinmeier-Plan liegt der weitgehendste Vorschlag für einen verantwortlichen Abschluss der Afghanistan-Mission vor. Die „Zusatz-Finanzierung“ über den EP 60 führt zu Intransparenz oder widerspricht dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und -klarheit.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<p>Beibehaltung der Wehrpflicht.</p> <p>Sorge für mehr Wehrgerechtigkeit und attraktivere Gestaltung der Wehrpflicht.</p>	<p>Die Wehrpflicht ist nicht mehr zu begründen.</p> <p>Freiwilligenarmee</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Wehrpflicht/Reform der Bundeswehr:</b> Grundsätzliche Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht. Reduzierung des Wehrdienstes auf sechs Monate bis zum 1. Januar 2011. Einsetzung einer Kommission, die bis Ende 2010 Vorschläge für eine neue Organisationsstruktur der Bundeswehr, inklusive Straffung der Führungs- und Verwaltungsstrukturen, erarbeitet.</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Die <b>Verkürzung der Wehrpflicht</b> auf 6 Monate ist weder sicherheitspolitisch begründet noch begründbar („Praktikum an der Waffe“). Es ist ein fauler Kompromiss. Der Zwangsdienst wird auf Kosten von Glaubwürdigkeit aufrechterhalten. Mit der Verkürzung wird zwar eine höhere – statistische – Wehrgerechtigkeit erreicht. Die notwendigen Strukturkosten zum Durchschleusen der höheren Anzahl von Wehrdienstleistenden werden die finanziellen Spielräume der Bundeswehr weiter beschränken. Mehrwert für die Bundeswehr und für die Akzeptanz der Wehrpflicht? Fehlanzeige.</p>
	<p>BMZ wieder in den Geschäftsbereich des AA eingliedern.</p> <p>Entwicklungszusammenarbeit neu ausrichten: Fokussierung auf die schwächsten und ärmsten Länder. China, Indien, Brasilien und Mexiko benötigen keine finanzielle Hilfe mehr.</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Entwicklungszusammenarbeit:</b> Die von Deutschland auf europäischer und internationaler Ebene vertraglich eingegangenen Verpflichtungen zur schrittweisen Erhöhung der deutschen öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA) auf 0,7% des BSP stellt der Koalitionsvertrag unter Finanzierungsvorbehalt.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Das Ziel der Erhöhung der ODA-Quote auf 0,7% des BSP – ohne Nennung einer zeitlichen Zielvorgabe - wird durch den allgemeinen Finanzierungsvorbehalt de facto aufgegeben. Es ist absurd, dass mit der FDP eine Partei das Entwicklungsressort verantwortet, die dieses für die deutsche Außenpolitik so wichtige Ressort abschaffen wollte und die von Deutschland vertraglich verbindlich zugesagten finanziellen Verpflichtungen zur Solidarität mit den ärmsten Staaten der Welt immer in Frage gestellt hat.</p>

## Europa

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
<p>Bürokratieabbau</p> <p>Ablehnung von EU-Steuern</p> <p>„Wir streben eine langfristige Energiepolitik der Europäischen Union an“</p> <p>Für starke, handlungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Ausbau einschließlich einer Beistandsverpflichtung ergänzend zur transatlantischen Partnerschaft.</p> <p><b>Konsolidierungsphase</b></p> <p><b>Privilegierte Partnerschaft</b> statt Vollmitgliedschaft der Türkei Überprüfung über Zurückverlagerung Kompetenzen auf Nationalstaaten.</p>	<p>Ziel ist eine grundlegenden Reform der EU („Vertrag von Lissabon“):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• erhebliche Stärkung des EP</li> <li>• mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung</li> <li>• Stärkung des Subsidiaritätsprinzips</li> <li>• mehr Mitsprache des Bundestags in EU-Fragen (<b>EU-Volksentscheid</b>)</li> <li>• eine besser koordinierte EU-Außenpolitik</li> <li>• die Demokratisierung der europäischen Innen- und Justizpolitik</li> <li>• wirksame Durchsetzung des Europäischen Grundrechtokatalogs.</li> </ul> <p>Die FDP fordert ein grundlegendes <b>Umdenken bei den EU-Finanzen</b>. Die EU braucht nicht mehr Geld, sondern eine effiziente Verteilung: Statt in Agrar- und Strukturfonds eher investieren in Forschung, Innovation, Umweltschutz, Sicherung der EU-Außengrenzen, Außen- und Sicherheitspolitik.</p>	<p><b><u>Koalitionsvertrag</u></b></p> <p><b>Erweiterungspolitik:</b> Erweiterung mit Augenmaß. Keine Abstriche/strikte Einhaltung der Kopenhagener-Kriterien, kein Beitrittsautomatismus. Maßgeblich bei allen Beitritten ist Beitrittsfähigkeit der Kandidaten und Aufnahmefähigkeit der EU. Die mit Türkei 2005 aufgenommenen Beitrittsverhandlungen sind Prozess mit offenem Ende.</p> <p><b>Europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP/ESVP):</b> Stärkung gemeinsamer europäischer Außenpolitik durch Schaffung des Hohen Vertreters für die EU-Außenpolitik. Hierzu soll künftiger Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD) „organisatorisch unabhängig“ aufgebaut werden. Langfristiges Ziel ist <b>Aufbau einer europäischen Armee</b> unter voller parlamentarischer Kontrolle. EU soll eigene Planungs- und Führungsfähigkeiten erhalten. Stärkung einer gemeinsamen europäischen Abrüstungspolitik.</p> <p><b>Bilaterales Verhältnis zu Frankreich/Polen:</b> Möglichkeiten des Weimarer Dreiecks intensiv ausschöpfen und gemeinsame bilaterale Initiativen zur Vertiefung der europäischen Einigung.</p> <p><b>EU-Finanzen:</b> Ablehnung EU-Steuer und Beteiligung der EU an nationalen Steuern. Beiträge der Mitgliedstaaten dürfen ein Prozent des BNE nicht überschreiten. Zugleich wird die Fortführung von EU-Strukturfördermaßnahmen und der Landwirtschaftssubventionen in Deutschland eingefordert. EU-Kompetenzen zur Abgabenerhebung oder zur Kreditaufnahme werden abgelehnt.</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
	<p><b>Langfristige Ziele:</b> Ein föderales Europa und die Verabschiedung einer Europäischen Verfassung.</p> <p><b>Erweiterung:</b> Eine an den Zielen des Vertrages von Lissabon orientierte EU-Reform ist Voraussetzung für die Aufnahme weiterer Staaten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Kroatien: auch im Rahmen einer Teilreform</li> <li>- Dies gilt auch für Norwegen, Island und die Schweiz, falls Beitritt beantragt wird.</li> <li>- Türkei: Voraussetzung sind Umsetzung der Reformen und die Aufnahmefähigkeit der EU</li> <li>- Unterstützung für mittel- bis langfristige Perspektive des Beitritts für <b>Staaten des westlichen Balkans</b>. Langfristig gilt dies auch für die <b>Ukraine</b>.</li> </ul>	<p><b>EU-Binnenmarkt/Bürokratieabbau/EZB:</b>          Binnenmarkt konsequent vollenden und Schaffung eines Rahmens für funktionierenden und unverfälschten Wettbewerb. Konsequente Umsetzung des EU-Aktionsplans zum Bürokratie-Abbau um 25% bis 2012. Verteidigung der Unabhängigkeit der EZB und Schaffung einer einheitlichen EU-weiten Bankenaufsicht.</p> <p><b><u>Bewertung</u></b></p> <p>Bereits im ersten Satz wird die EU mit „leistungsfähig und selbstbewusst“ beschrieben. Die damit verbundene Werteorientierung (“EU als Wirtschaftsprojekt“) zeigt sich auch in der anschließenden Auflistung der Projekte Energie, Banken, Weltraum;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kein Hinweis auf die besondere Verantwortung und Rolle Deutschlands in Europa;</li> <li>• Verweis auf kulturelle Vielfalt Europas etc. fehlt;</li> <li>• Hinweis fehlt, wie das Vertrauen der Bevölkerung und das Interesse an Europa zurückgewonnen werden kann;</li> <li>• Der Bezug zu Polen ist richtig und wichtig. Aber dann sollte BK Merkel Frau Steinbach davon überzeugen, dauerhaft auf ihren Sitz im Rat der Stiftung “Flucht, Vertreibung und Versöhnung“ zu verzichten.</li> </ul> <p>Das <b>Soziale Europa</b> wird mit dem Verweis auf die nationalstaatliche Zuständigkeit für die Sozialpolitik abgelehnt. Kein Hinweis auf die soziale Dimension. Die Koalition offenbart damit ihr eingeschränktes Verständnis zum sozialen Europa. In Bereichen, in denen die EU für eine Verbesserung des <i>Status Quo</i> sorgen könnte, wird europäisches Engagement abgelehnt, z.B. Verbesserung des Antidiskriminierungsschutzes. Es findet sich kein Hinweis auf soziale Mindeststandards oder auf die Arbeitnehmerrechte. Keine Folgenabschätzung von EU-</p>

Wahlversprechen CDU/CSU	Wahlversprechen FDP	Koalitionsvertrag / Bewertung
		<p>Gesetzgebungsvorhaben auf soziale Konsequenzen, sondern nur auf Verhältnismäßigkeit und Bürgerfreundlichkeit.</p> <p>Bei der Ausformulierung der Ausgabenpolitiken fehlen Vision und Anspruch. Vielmehr Fortführung des Bestehenden, sowohl bei der Strukturpolitik, als auch bei der Gemeinsamen Agrarpolitik;</p> <p><b>Erweiterung und Nachbarschaftspolitik</b>          „Erweiterungspolitik mit Augenmaß“ ist eine Absage an das Prinzip der „europäischen Perspektive“. Es findet sich kein Hinweis auf die Bedeutung von der Erweiterungspolitik für Stabilität, Frieden und Sicherheit in Europa. Es gibt auch kein Bekenntnis zu den von den Staats- und Regierungschefs einstimmig gegebenen Beitrittsperspektiven für die westlichen Balkanstaaten und die Türkei. Kroatien, dessen Beitritt als nächstes stattfinden könnte, findet keine Erwähnung, das gilt auch für Island.</p> <p><b>EU-Außenbeziehungen</b>          Unklar bleibt, ob deutsche Auslandsvertretungen zugunsten der künftigen EAD-Vertretungen aufzulösen sind.</p>